

Degrowth

braucht eine Geld- und Bodenreform



**»Money & Finance« auf der Degrowth-Konferenz
Eine Gesellschaft jenseits von Wachstumszwängen
Bericht über SffO-Tagung zu Negativzinsen**

Liebe Leserinnen und Leser,

Krisen über Krisen beherrschen unsere Zeit. Immobilienkrisen, Bankenkrisen, Staatsschuldenkrisen ... In den vielen kriegerischen Auseinandersetzungen, die wir gerade in den Medien verfolgen, sind Menschen sogar mit dem Tode bedroht, aktuell in Libyen, Syrien, Ukraine, Gaza, Nord-Irak ... Wo wird der nächste Brandherd aufflammen? Und sind das wirklich Bürgerkriege, von Terroristen ausgelöste, religiöse oder ethnische Konflikte, mit denen wir im Grunde nichts zu tun haben?

Oder handelt es sich bei näherem Hinsehen vielleicht doch um eine Art von Stellvertreterkriegen? Stellvertretend für eine notwendige Auseinandersetzung mit einem unersättlichen kapitalistischen Wirtschaftssystem, das sich im wahrsten Sinne unseres Lebens bemächtigt und uns alle in ein kriegerisches Gegeneinander hineinzieht?

Bezeichnend dafür ist die neue europaweite Berechnung des Bruttoinlandsprodukts. Nicht nur illegale Geschäfte mit Prostitution oder Drogen werden neuerdings einbezogen, sondern auch militärische Waffensysteme, z.B. Panzer. Der Statistik-Effekt steigert die Wirtschaftsleistung in Europa um fast zweieinhalb Prozent.

»Wohl weniger die statistisch-bürokratische Vergleichbarkeit als vielmehr der Druck, ein höheres BIP aufzuweisen, um besser vor den Ratingagenturen dazustehen und näher an die verschiedenen Stabilitätskennziffern zu kommen, dürften der Grund für diese Verletzung von Rechtskultur und gesellschaftlich-zivilisatorischen Werten sein«, kommentieren Irmi Seidl und Angelika Zahrt auf www.Postwachstum.de. Und sie folgern: »Wie soll das BIP ernsthaft für die Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft zugunsten des Gemeinwohls eingesetzt werden können? Das BIP hat definitiv keine Legitimation mehr!«

Höchste Zeit also, um innezuhalten, stillzustehen, zur Besinnung zu kommen – und gemeinsam zu überlegen, wie eine Welt aussehen kann, die nicht von ökonomischen Zwängen angetrieben wird. Dazu treffen sich besorgte Menschen aus der ganzen Welt auf der 4. Internationalen Degrowth-Konferenz, die vom 2. – 6. September in Leipzig stattfindet.

Was bedeutet Degrowth? »Im Deutschen gibt es für »Degrowth« unterschiedliche Übersetzungen mit verschiedenen Bedeutungen: beispielsweise »Postwachstum«, »Schrumpfung«, »Wachstumswende« oder »Entwachtum«. Gemeinsam ist die Überzeugung, dass eine auf Wachstum basierende Gesellschaft keine Zukunft hat. Trotz technologischer Lösungsversuche für ein »Grünes Wachstum« steigen Ungleichheit und Umweltverbrauch weiter an. Es ist an der Zeit, Formen von Wirtschaft und Gesellschaft aufzubauen, die unabhängig von Wirtschaftswachstum ein gutes Leben für alle ermöglichen!«, heißt es auf der Konferenz-Homepage unter leipzig.degrowth.org

Änderungen im Geldsystem und in der Boden- und Ressourcenordnung sind Voraussetzung für ein besseres, friedlicheres Wirtschaften und Leben ohne Wachstumszwänge. Wie dies gehen kann, dazu möchten wir in diesem Heft Vorschläge machen und hoffen auf Ihre/Eure Unterstützung.

Beate Bocking



Beate Bocking

Kontakt: Redaktion@INWO.de

Inhalt

- 3 Degrowth – für eine Gesellschaft jenseits von Wachstumszwängen
- 4 Thomas Seltmann: Wissenschaftliche Arbeitsgruppe Nachhaltiges Geld
- 6 Alwine Schreiber-Martens: Degrowth braucht eine Reform der Ressourcenordnung!
- 8 Beate Bocking: Degrowth braucht eine Geldreform!
- 10 Bericht SffO-Tagung: Paradigmenwechsel im Geldwesen?
- 14 Bericht isw-forum: Ist Wohlstand ohne Wachstum möglich?
- 16 INWO Deutschland
- 18 INWO Schweiz
- 21 Bestellformular
- 22 Mitgliedsantrag INWO D
- 23 Unterschriftenbogen der Vollgeld-Initiative

Impressum

r-evolution 10. Jahrgang, Nr. 62 Sept 2014, ISSN 1660-1653

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bocking (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Auflage: 2.200 Exemplare; davon 1.780 als »FAIRCONOMY« (INWO Deutschland)

Bildnachweis

Titelseite: © Grace Winter / pixelio.de, cvp-design; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; © Kostas Koufogiorgos, www.koufogiorgos.de; 5: © Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde; 6: flickr.com © Christopher Bulle; 7: © Peter von Bechen / pixelio.de; 8: © Michael Kopatz / pixelio.de; 9: © Vlado Plaga / INWO; 10: aus dem Odysseus-Zyklus von Alessandro Allori im Florentiner Palazzo Salviati; 11: © Dr. Leonora Schwarz / pixelio.de; 12: © EZB; 13: www.chiemgauer.info; Maren Beßler / pixelio.de; 15: © www.isw-muenchen.de; 16: © www.lust-auf-neues-geld.de; 17: © Michael von der Lohe/GLS Bank Stiftung; 19: © Joss / PIXELIO.de, © www.danach.jetzt; 20: © www.vollgeld-initiative.ch; 23: © www.vollgeld-initiative.ch

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt Schweiz: INWO Schweiz, Postfach 3161, 5430 Wettingen 3, Tel. 056 426 60 90, E-Mail: Buero@INWO.ch, <http://www.INWO.ch>

Kontoverbindung:

Konto 40-963-0 bei der Freien Gemeinschaftsbank
IBAN: CH20 0839 2000 0040 0679 8
PC-Konto 30-1771-2
IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2

Die INWO Schweiz spricht über das herrschende Geld- und Bodenrecht als unmittelbare Ursache wachsender Not und sich mehrender Verzweiflung vieler Menschen. Ziele der INWO sind vergleichsweise kleine,

aber fundamentale Korrekturen, die nicht einmal bestehende Besitzstände angreifen würden. Werden Sie Mitglied, GönnerIn der INWO oder LeserIn unserer Zeitschrift r-evolution.

Degrowth – für eine Gesellschaft jenseits von Wachstumszwängen

Welches Geldsystem brauchen wir für eine Wirtschaft ohne Wachstumszwänge? Braucht eine Degrowth-Wirtschaft Finanzmärkte, und wenn ja, was für welche? Welche Formen von Investitionen brauchen wir und wie können sie organisiert werden? Und wie kann die demokratische Kontrolle des Geldsystems, der Finanzmärkte und Investitionen aussehen?

Auf der 4. Internationalen Degrowth-Konferenz wird es neben den vielen Vorträgen, Workshops und kulturellen Beiträgen eine Reihe mehrtägiger Arbeitsgruppen geben. Solche so genannten GAPs sind ergebnisorientierte Arbeitsprozesse, deren Ziel es einerseits ist, konkrete Vorschläge zu Degrowth zu entwickeln. Andererseits sollen existierende Konfliktlinien und Diskussionspunkte ausfindig gemacht werden. Darüber hinaus können offene Fragen für die Forschung, aber auch neue Ideen für Aktionen und Kampagnen skizziert werden.

Im GAP Money and Finance setzen wir uns mit den oben gestellten Fragen auseinander. Um die Diskussion anzuregen, wurden im Vorfeld Impulspapiere ausgewählt, die wir hier kurz vorstellen möchten:

Es brennt!

Miguel San Miguel mahnt in seinem Text »New Tools For New Times. Cocreating The World Currency Of The Future«, dass »es brennt«. Die Rolle von Geld als Mittel zur Enteignung der großen Mehrheit der Bevölkerung und als Triebfeder des Wirtschaftswachstums wird seit Jahren diskutiert, wenn es auch an wissenschaftlicher Forschung auf diesem Gebiet mangelt. Jetzt kommt es aber darauf an, gemeinsam aktiv zu werden, und zwar nicht nur die Symptome zu lindern, sondern an der Wurzel anzusetzen.

Als Grundübel sieht San Miguel einen unserer Art der Geldschöpfung innewohnenden Mechanismus, der Wirtschaftswachstum als Notwendigkeit erzwingt. Diesen Mechanismus gelte es abzustellen, als Grundvoraussetzung, um überhaupt Nachhaltigkeit im Wirtschaftsleben erreichen zu können.

Heutzutage kommen die Zahlungsmittel hauptsächlich durch Kreditvergabe der Geschäftsbanken in Umlauf. Diese verlangen jedoch Zinsen, für deren Zahlung die umlaufende Geldmenge systemisch stets zu klein sei, so dass immer neue Kredite vergeben werden



Es gibt immer mehr Krisen und Brandherde. Trägt unser wachstumsfixiertes Geld- und Finanzsystem die Saat der Zerstörung in die Welt? – Solidarisieren wir uns für eine Geldwende!

müssen. Außerdem müssen stets neue Sicherheiten für die Kredite gestellt werden. Die Folge: eine Monetarisierung von immer mehr Bereichen unseres menschlichen Lebens.

Das größte Problem sei jedoch »die Saat der Zerstörung«, die mit den endlos wachsenden Geldmengen in einer endlichen Welt verbunden sei. Die Krise hat gezeigt, dass Politiker und Wirtschaftslenker selbst am Rande des Abgrunds nicht die so notwendige Geldreform einleiten wollen. Die Lösungen müssen daher von unten kommen, meint San Miguel. Visionäre müssten Alternativen entwickeln, die von breiten Massen genutzt werden können. Für das nachhaltige Geldsystem der Zukunft gebe es bereits verschiedene Bausteine. Er nennt u.a. Agustí Chalaux i de Subirá (Telematisches Geld), Bernard Lietaer (Terra), Michael Linton (LETS), Mike Montagne (Mathematically Perfected Economy) und auch Silvio Gesell (Freigeld).

Neues Geld muss Vorteile bieten

San Miguel erwartet von einem zukunftsfähigen Geld:

Es soll Kredit bereitstellen, wann und wo dieser benötigt wird. Dazu brauche es geeignete Institutionen, die jede vernünftige ökonomische Initiative finanzieren.

Das Geld muss, anders als das heutige, stabil, neutral und vertrauenswürdig sein. Das herrschende Fiat-Geld hat sich als Wertmaßstab selbst diskreditiert.

Außerdem müssen zukünftig Demokratie und Transparenz gewährleistet sein. Die Banken hätten zu viel Macht erlangt und würden ganze Gesellschaftsgruppen vom Zugang zu neuem Geld ausschließen. San Miguel sieht für die Zukunft eher dezentrale, unabhängige Initiativen, die – nach gleichen Regeln – miteinander kooperieren.

Letztlich kommt es darauf an, dass das neue Geld nur akzeptiert wird, wenn es Vorteile gegenüber dem alten bietet. Daher sollte es

die Wirtschaftsteilnehmer leicht und flexibel miteinander in Verbindung bringen und nachhaltige Investitionen fördern.

Fabian Scheidler und Matthias Schmelzer betonen in ihrem Impulspapier »Beyond Regulation: Money, Banks And Finance In A De-growth Perspective« insbesondere den Aspekt der demokratischen Kontrolle. Dabei spiele auch die Frage der Eigentumsverhältnisse eine Rolle. Heutzutage würden Finanzinstitutionen darüber entscheiden, wohin das Geld fließe. Dabei sei das entscheidende Kriterium der Kreditvergabe die Profitmaximierung, in Form von Return on Investment und Shareholder Value.

Dabei könne man nicht den Finanzsektor als Spekulation verteufeln und die Realwirtschaft immer als »gut« ansehen. Am profitabelsten sind zumeist genau die Sektoren, denen es am besten gelingt, soziale und ökologische Kosten abzuwälzen.

Geldströme umlenken!

Es muss also darum gehen, die Geldströme aus den zerstörerischen Bereichen dahin umzulenken, wo Menschen und Umwelt sie brauchen. Kriterium für Investitionsentscheidungen darf nicht mehr der Profit sein, sondern das Allgemeinwohl.

Scheidler und Schmelzer fragen, welche Art von Finanzinstitutionen wir dafür zukünftig brauchen. Welche Regeln, welche Gesellschaftsformen, welche Eigentumsverhältnisse und welche Entscheidungsprozesse brauchen wir? Gibt es schon Vorbilder, wie z.B. Genossenschaftsbanken? Welche Rolle können Lokalwährungen spielen? Und welche Art von Kapitalkontrollen benötigen wir für eine De-growth-Wirtschaft?

Die beiden plädieren für demokratisch kontrollierte öffentliche Investitionen (durch Bürgerhaushalte und regionale Investitionsräte etc.), um unprofitable, aber sinnvolle Investments z.B. in die Bereiche öffentliche Daseinsvorsorge, Care-Economy, Bildung und in den reproduktiven Sektor zu lenken, sowie in ökologische Maßnahmen wie Wiederauf-forstung oder Wiederaufbereitung von Industrieabfällen.

Für den Übergang befürworten die beiden viele Vorschläge zur Finanzmarktregulierung sowie zur gänzlichen Abschaffung bestimmter spekulativer Finanzprodukte. Es brauche aber auch grundlegendere Vorschläge zur Reorganisation des internationalen Währungssystems, wie z.B. Keynes' Idee einer International Clearing Union. ■

Beate Bocking und
Alwine Schreiber-Martens

Die ökonomische Logik des Wirtschaftswachstums

Konsumkritik ist wieder in Mode. Das ist gut so. Konsum schürt Wachstum und Wachstumserwartungen. Dass jedoch Nicht-Konsum in unserem Geld- und Finanzsystem ebenfalls Wachstumswänge erzeugt, darauf weist die Wissenschaftliche Arbeitsgruppe Nachhaltiges Geld hin.

Es ist die Schlüsselszene in einer der ersten Sitzungen der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität«, die der vorige Deutsche Bundestag eingesetzt hatte.* Einer der 17 Sachverständigen, der Volkswirt Professor Karl-Heinz Paqué, spricht den eingeladenen Referenten an: »Ich habe zufälligerweise ein Buch dabei: »The Economics of Growth«. Das ist ein Standardwerk, ein modernes wachstums-ökonomisches Buch. Das hat 18 Kapitel, in 17 davon kommt Geld gar nicht vor.«

Zuvor hat der Schweizer Ökonom Professor Hans-Christoph Binswanger in einem ausführlichen Vortrag dargelegt, wie seiner Meinung nach die Notwendigkeit zum Wirtschaftswachstum aus dem Geldkreislauf entsteht. Seine Antwort an Paqué wirkt wie ein Affront: »Geld und Energie kommen in der heutigen Ökonomie nicht vor, meiner Ansicht nach die wichtigsten Faktoren, die die Wirtschaft heute charakterisieren. (...) Es ist ein großes Defizit, wenn 17 Kapitel nicht um Geld handeln, das Wichtigste eben nicht drin steht. Man muss Geld haben, bevor man das Geld verdient hat. Und das weiß jeder, der ein

Unternehmen gründet oder erweitert, aber die Ökonomen wissen es nicht. (...) Das ist etwas geradezu Schreckenerregendes, dass die Bedeutung des Geldes einfach nicht gesehen wird im Wachstumsprozess und die Ökonomie, die das behauptet, ist nicht aktuell.«

Binswanger muss sich an diesem Nachmittag noch vielen Nachfragen stellen, die seine kritische Bemerkung belegen. Und er antwortet geduldig, wenn auch ernüchert: »Die neoklassische Theorie, die ja zur Grundlage der heutigen Ökonomie geworden ist, geht davon aus, dass die heutige Wirtschaft so zu erklären wäre, als ob einfach Bauern miteinander handeln, die sich im Wesentlichen selbst versorgen und dann Überschüsse allenfalls gegeneinander austauschen, wenn sie vorhanden sind – aber die sonst keinem Wachstumszwang unterliegen. (...) Der Punkt ist, dass wir eben nicht eine Bauernwirtschaft haben, die sich selbst versorgt, sondern eine Wirtschaft, die aufgeteilt ist in Haushalte und Unternehmen. Unternehmen können nur gegründet werden, wenn sie Geld in der Hand haben, bevor sie das Geld verdienen. Wenn man diesen Punkt nicht begreift, be-



Hans-Christoph Binswanger zu Gast bei der Enquete-Kommission, neben ihm die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD)

greift man nichts von der heutigen Wirtschaft.«

Geldfrage als Arbeitsauftrag

Drei Jahre später taucht die Geldfrage tatsächlich auch im Abschlussbericht der Enquete-Kommission auf, und zwar in Form eines Arbeitsauftrags: »Allerdings haben wir uns kaum systematisch mit dem Thema Geld als zentralem Bestandteil moderner Gesellschaften und den damit verbundenen Implikationen für Wachstum und Wohlstand auseinandergesetzt. (...) Es wäre daher sinnvoll, die unterschiedlichen Positionen zu Geld, Wachstum und Wohlstand systematischer aufzugreifen und damit klärend die Entscheidungsgrundlagen der Politik zu verbessern.« (Seite 794)

Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf den Zwischenbericht unserer »Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe Nachhaltiges Geld«, die genau diesem Auftrag nachgeht. Wir hatten die Arbeitsgruppe eigentlich schon vorher gegründet, weil wir die Geldfrage in die Arbeit der Enquete-Kommission einspeisen wollten. Entstanden war die Idee nach dem ausführlichen Gespräch mit einem Bundestagsabgeordneten, der die Einsetzung der Enquete-Kommission mit vorbereitete. Dass die Geldfrage im Abschlussbericht wenigstens auftaucht, hatten wir uns zum Ziel gesetzt.

Dabei sind die inneren Widersprüche in der herrschenden ökonomischen Lehre zum Thema Geld nichts Neues. Schon vor über 15 Jahren gab Greenpeace die Klärung der Frage in Auftrag, ob auf Wirtschaftswachstum mit seinen ökologischen Folgen verzichtet werden kann und inwieweit soziale Probleme anders als durch Wachstum gelöst werden können. Der dafür vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung organisierte Workshop »Zukunftsgestaltung ohne Wirtschaftswachstum?« kam zu dem Schluss, dass eine Begrenzung des Wachstums zugunsten ökologischer Nachhaltigkeit nur auf Kosten sozialer Stabilität erreichbar ist.

Dass nicht nur die soziale Stabilität in Gefahr ist, wenn es zu keinem relevanten Wachstum mehr kommt, sondern die gesamte Geldwirtschaft von Wirtschaftswachstum abhängig ist, versuchten wir in unserem 2012 veröffentlichten Zwischenbericht »Wachstumswänge in der Geldwirtschaft« zu erklären. Nach mehreren Workshops und Forschung an Detailfragen liegen mittlerweile weiterführende Analysen zur Thematik vor.

Aktuelle Studie

Zusammengefasst lässt sich die wissenschaftliche Arbeit der letzten vier Jahre in der aktuellen Studie nachlesen: »Theoretische Zugänge eines Wachstumswangs in der Geldwirtschaft«, herausgegeben zusammen mit dem Zentrum für Ökonomische und So-

ziologische Studien (ZÖSS) an der Universität Hamburg.

Die Studie entwickelt eine Theorie der Wachstumsnotwendigkeit in der Geldwirtschaft. Neben einem sehr breit angelegtem Review und der systematischen Darstellung von Ansätzen leistet sie drei besondere Beiträge: Erstens die Forschungsfelder zur Goldenen Regel und zum Zins-Wachstums-Differential als theoretische Erklärung der Wachstumsnotwendigkeit. Zweitens widerlegt sie die mancherorts zu findende These, dass allein die Kreditgeldschöpfung bereits zu einem Wachstumswang führen würde, da der Zins eine ständige Ausweitung der Geldschöpfung bedinge. Es wird gezeigt, dass nicht die Geldschöpfung an sich zu problematisieren ist, sondern Wachstumswang eine Folge einkommensabhängigen Sparens in Kombination mit einem über den Vermögensmarkt zu bestimmenden Zinssatz ist. Drittens erklärt die Studie das aktuelle Dilemma der Zentralbanken, einerseits die Zinsen zu senken, um Wachstum zu stimulieren, und gleichzeitig die Zinsen erhöhen zu müssen, um die Finanzwirtschaft zu stabilisieren. Das Dilemma beschreibt die paradoxe Situation entwickelter Geldwirtschaften, die eine Tendenz zur Stagnation aufweisen und gleichzeitig Wachstum benötigen, um die negativen Auswirkungen der Stagnation auf Beschäftigung und Verteilung zu lindern.

Zwei der angestellten Überlegungen seien hier skizziert. Eine der Ursachen für den Zwang zum Wachstum liegt demnach im Sparen. So erweist sich als problematisch, dass mit steigendem Einkommen auch mehr gespart, also ein immer größerer Anteil der Einkommen nicht für den Konsum verwendet wird. Es zeigt sich, dass genau daraus erst ein Zwang zu exponentiellem Wachstum resultiert: Denn Unternehmen sind auf Einnahmen aus Konsum angewiesen, um die für die Produktion in Anspruch genommenen Kredite mitsamt Zinsforderungen tilgen zu können – andernfalls drohen Insolvenzen und wirtschaftliche Stagnation.

Um dies zu vermeiden, müssen an anderer Stelle zwangsläufig zusätzliche Kredite aufgenommen werden, zu deren Tilgung wiederum zusätzlicher Konsum, also zusätzliches Wachstum nötig ist. Dabei ist anzumerken, dass es die Unternehmen in einem solchen Szenario immer schwerer haben, zusätzliche Kredite zu erhalten. Eine Ausweitung der Staatsverschuldung ist dann ein möglicher Weg, den Wachstumsmotor am Laufen zu halten – auch dies bringt allerdings weitere Wachstumsnotwendigkeiten mit sich.

Nicht-Konsum im heutigen System

Das stellt die Konsumkritik der Nachhaltigkeits-Bewegten in ein neues Licht: Konsum schürt Wachstum und Wachstumserwartungen. Der Nicht-Konsum bietet aber auch kei-

nen Ausweg, führt er in der gegebenen Geld- und Finanzarchitektur doch ebenfalls zu Wachstumswängen.

Ein weiterer interessanter Aspekt ist, dass auch die Zentralbanken auf ein Mindestwachstum angewiesen sind, weil sie bei dauerhaft niedrigen Wachstumsraten eine ihrer wichtigsten Steuerungsfunktionen verlieren. Denn eigentlich sollte die Zentralbank aufgrund beschäftigungspolitischer Überlegungen in Zeiten der Rezession den Leitzins senken, um Wachstum zu stimulieren.

Das kann sie nicht unbegrenzt: Je näher sie der Nullzinsgrenze kommt, desto mehr riskiert sie, dass – wie unter anderem im Fall Japans – die wirtschaftliche Stagnation trotz eines Leitzinssatzes nahe Null nicht abgewendet werden kann, sondern durch das »billige Geld« lediglich Vermögenspreisblasen und Inflationsrisiken entstehen.

Thomas Seltmann

*) Zitate aus dem Wortprotokoll der 7. Sitzung der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des 17. Deutschen Bundestages am 27. Juni 2011, Seite 22, 24, 48

Die 2011 aus privater Initiative gegründete »**Wissenschaftliche Arbeitsgruppe nachhaltiges Geld**« forscht zu Geld und Nachhaltigkeit interdisziplinär, aus ökonomischen, naturwissenschaftlichen und soziologischen Perspektiven.

Die Mitglieder haben sich zum Ziel gesetzt, folgende Fragen tiefergehend zu analysieren:

- Verhält sich Geld so neutral, wie es die Wirtschaftswissenschaft in den meisten ihrer Modelle voraussetzt? Oder treibt die Konstruktion des Finanzsystems, treibt das Geld selbst wirtschaftliches Wachstum mit an?
- Inwieweit ist die Geldarchitektur auf Wachstum angewiesen, um ihre eigene Stabilität nicht zu gefährden?
- Eröffnen sich der Politik hier neue, bisher übersehene Gestaltungsspielräume, um das Wachstumspfad zu überwinden?

Die Arbeitsgruppe untersucht auch Reform- und Gestaltungsvorschläge für Währungen und Zahlungssysteme wie beispielsweise Vollgeld und Komplementärwährungen und entwickelt wissenschaftliche Bewertungsmodelle für diese Reformvorschläge.

Sie besteht aus Nachwuchswissenschaftlern, deren Arbeit zum Teil ehrenamtlich geleistet wird, teils aus Zuwendungen privater Stiftungen finanziert wird. Die Arbeitsgruppe wird auch gefördert aus dem »Kanzlerstipendien-Programm« der Alexander-von-Humboldt-Stiftung.

Mehr Informationen unter:
www.geld-und-nachhaltigkeit.de
Kontakt: Thomas Seltmann,
seltmann@geld-und-nachhaltigkeit.de

Degrowth braucht eine Reform der Ressourcenordnung!

Wollen wir eine stationäre oder schrumpfende Wirtschaft auf friedlichem Wege erreichen, brauchen wir zwingend Korrekturen in der Boden- und Ressourcenordnung. Unser Ziel sind finanzielle Anreize, die sowohl eine Steigerung der Nutzungs-Effizienz als auch eine absolute Senkung des Verbrauchs von Naturgütern bewirken und zugleich die Teilhabe aller Menschen sicherstellen.

Die gegenwärtige Wirtschaftsweise bedroht die natürlichen Lebensgrundlagen. Es gibt dafür viele Indikatoren: Artensterben, Klimawandel, Verschlechterung und Verlust der fruchtbaren Böden, Überfischung der Meere, nur als Beispiele. Neben individuellen Verhaltensänderungen für einen anderen Konsum- und Lebensstil sind auch finanzielle Instrumente nötig, die auf Seiten der Produktion Anreize für ein anderes Wirtschaften setzen.

Privatisierung und ökonomische Renten

Außerdem wird aufgrund des Anwachsens und der Konzentration der Geldvermögen sowie der sinkenden Rendite am Kapitalmarkt zunehmend mehr spekulativ in Land und Rohstoffe investiert. Auch aufgrund dieser steigenden Nachfrage nach Gütern, die nicht durch menschliche Arbeit vermehrbar sind, fließt zunehmend Geld in die privaten Taschen einer Minderheit. Dies geschieht ausschließlich aufgrund von Eigentum und Verfügungs-



Gegenwärtig werden immer mehr Menschen durch Privatisierungen und sinkende Arbeitseinkommen von den Naturgütern ausgeschlossen.

Neben individuellen Verhaltensänderungen für einen anderen Konsum- und Lebensstil sind auch finanzielle Instrumente nötig, die auf Seiten der Produktion Anreize für ein anderes Wirtschaften setzen.

rechten an diesen knappen Gütern. Solche Einkommen (ökonomische Renten) stehen eigentlich der Allgemeinheit zu.

Gleichzeitig sollen alle Naturgüter sparsam genutzt werden, und alle Menschen sollen daran teilhaben können. Gegenwärtig werden zunehmend mehr Menschen durch Privatisierungen und sinkende Arbeitseinkommen davon ausgeschlossen

Problemlösung

- Die Erde ist als Erbe der gesamten Menschheit anzusehen.
- Wer Boden oder andere natürliche Ressourcen nutzt, soll dafür ein laufendes Entgelt an die Allgemeinheit zahlen. Dies wird entweder durch ein Bieterverfahren oder durch Zahlung von Abgaben (»Ökosteuern«) erhoben.

- Die Zahlungen sollen gleichmäßig pro Kopf der (Welt-)Bevölkerung zurückverteilt werden. Beispielsweise könnten Einnahmen aus Bodennutzung eher lokal, aus Wasserrechten eher regional, aus Emissionszertifikaten für den Klimaschutz global ausgeschüttet werden. Die Einführung könnte lokal und regional beginnen.
- Jeder erhält somit die Durchschnittszahlung (Summe der Entgelte geteilt durch die Anzahl der Nutzer) zurück. Wer – direkt oder indirekt – Naturgüter durchschnittlich nutzt (genutzte Menge geteilt durch die Anzahl der Nutzer), erhält somit genau so viel zurück, wie er oder sie bezahlt hat. Damit wird die durchschnittliche Nutzung kostenfrei. Das gleiche Anrecht jedes Menschen an der Nutzung der Naturgüter wird so erreichbar.

- Heutzutage sind wirksame Ökosteuern politisch nicht durchsetzbar, weil sie eine zusätzliche finanzielle Belastung der Einzelnen darstellen, bis hin zum Ausschluss von der Nutzung lebensnotwendiger Güter. Die Rückverteilung ermöglicht allen die Teilhabe und ist daher für die Akzeptanz von Ökosteuern zwingend erforderlich.
- Die Akzeptanz ökologisch lenkender Steuern ermöglicht die Internalisierung bislang externalisierter Kosten (also von den Verursachern auf andere abgewälzte Folgekosten). Für die Nutzung der Umwelt muss von Unternehmen und Verbrauchern genauso bezahlt werden wie für andere Güter und Dienstleistungen auch.
- Die Rückverteilung vereinfacht ebenfalls die Durchsetzbarkeit der zum Schutz der Naturgüter notwendigen Verbrauchsmengen-Begrenzungen.

**Durch die Rückverteilung
gleichmäßig pro Kopf
zahlen die Verschwender
indirekt an diejenigen,
die einen
Naturgüter-schonenden
Lebensstil pflegen.**

Positive Auswirkungen der Reform der Ressourcenordnung

Zahlungen für die Nutzung der Naturgüter am Anfang der Produktionsketten verbunden mit direkter Rückausschüttung des Zahlungsaufkommens an die Bevölkerung wirken auf Produzenten- wie auf Konsumenten-Seite:

- Produzenten haben ein eigenes Interesse, die verteuerten Rohstoffe effizient zu nutzen und Produktionsabläufe entsprechend umzustrukturieren.
- Ein rascheres Umsteuern verhilft zunächst zu einem Wettbewerbsvorteil. Der Wettbewerb sorgt mittelfristig dafür, dass die »Pioniervorteile« eingegeben werden und sich die sparsamere Nutzung des Naturgutes als neuer Standard durchsetzt.
- Recycling-Wirtschaft wird lohnend(er).
- Die geplante Obsoleszenz (vorzeitiger Verschleiß) wird teurer und daher weniger lukrativ.



Heute sind Güter aus regionaler und ökologischer Herstellung oft »zu teuer« im Vergleich zu Produkten aus der Massenproduktion. Nach der Reform sind sie auch preislich attraktiver.

- Die Reparaturfreundlichkeit von Produkten wird zu einem Wettbewerbsvorteil.
- Zum Produzieren sind letztendlich Naturgüter und menschliche Arbeitskraft nötig. Die Verteuerung der Naturressourcen macht die menschliche Arbeitskraft relativ günstiger, ohne ihren Preis (Arbeitslöhne) zu senken. Dies und die Stärkung der Recycling-Wirtschaft sowie der Reparaturfreundlichkeit steigert tendenziell die Nachfrage nach Arbeitskräften.
- Die Produzenten geben die angestiegenen »Einstandspreise« der Naturgüter über die Produktpreise weiter. Dies führt zu unterschiedlicher Verteuerung der Endprodukte: Transportintensive Güter z.B. werden stärker verteuert als Güter aus regionaler Herstellung. Dies macht die letzten und überhaupt die weniger Ressourcen-intensiven Güter für die Konsumenten attraktiver und unterstützt so die Änderung des Lebensstils.
- Durch die Rückverteilung gleichmäßig pro Kopf zahlen die »Verschwender« indirekt an diejenigen, die einen Naturgüter-schonenden Lebensstil pflegen, und zwar ohne »gläserne Verbraucher«.
- Diese Art der Rückverteilung begünstigt relativ die niedrigeren Einkommen. Da hier die Sparquote geringer ist als bei höheren Einkommen, sorgt dies für Nachfrage in der Realwirtschaft – jedoch ohne die Naturressourcen stärker zu belasten! Denn hoher Verbrauch wird teuer.
- Der absolute Verbrauch an Naturgütern kann begrenzt und so Rebound-Effekten begegnet werden: Die Abgaben für Natur-

güter müssen so lange regelmäßig erhöht werden, bis notwendige Mengenziele erreicht sind. Die Mengenziele sind von der Gemeinschaft vorzugeben. Beispiel Klimaschutz: Das CO₂-Reduktionsziel darf nicht vom Markt bestimmt werden.

- Die Art der Rückverteilung stärkt global wie lokal das Interesse, Naturgüter unterdurchschnittlich zu nutzen. Nur so lange bildet die Ausschüttung nämlich eine echte Nettoeinnahme. Dieses Interesse wirkt tendenziell senkend auf den Durchschnittsverbrauch.

Eigentum an knappen Gütern – das sind Güter, die nicht von Menschen gemacht sind! – darf keine private Einnahmequelle mehr sein! Ökonomische Renten stehen der Allgemeinheit zu und können pro Kopf zurückverteilt werden. Die Pro-Kopf-Rückverteilung hätte viele positive Auswirkungen und würde einer Degrowth-Gesellschaft optimal dienen, da so eine gerechte Teilhabe aller und ein schonender Umgang mit der Natur gleichermaßen verwirklicht werden können. Viele ökologische und soziale Vorhaben werden vom Traum zur Wirklichkeit, da sie sich endlich finanziell besser rechnen. ■



Alwine Schreiber-Martens, Jg. 1948, Mutter von vier Kindern, Dipl.-Mathematikerin in Rente, lebt in der Lebenstraum-Gemeinschaft Jahnishausen.

Degrowth braucht eine Geldreform!

Das herrschende Geldsystem verlangt Wirtschaftswachstum. Andernfalls kommt es zu Finanz- und Wirtschaftskrisen sowie zu massiven sozialen Verwerfungen. Wollen wir eine stationäre oder schrumpfende Wirtschaft auf friedlichem Wege erreichen, brauchen wir zwingend Korrekturen im Geldsystem.

Unter aktuellen Bedingungen bewirken Rezessionen zwar sinkenden Ressourcenverbrauch, verschärfen jedoch soziale Spannungen und führen zu wirtschaftlichen Zusammenbrüchen, bis hin zu (Bürger-)Kriegen. Degrowth kann aus der Not heraus entstehen, braucht aber langfristig das freie und bewusste Handeln von friedlichen, sozial abgesicherten und vernetzten Menschen. Die Stabilisierung der Währung und des Finanzsektors ist hierfür eine zentrale Grundlage. Die Geldordnung muss es in Zukunft zulassen, dass die Wirtschaft ohne größere Probleme stagnieren oder sogar schrumpfen kann.

Wachstumsprozesse der Vergangenheit

Geldvermögen und Schulden sind in den vergangenen Jahrzehnten exponentiell gewach-

sen und haben gigantische Größenordnungen erreicht. Außerdem sind die Vermögen extrem ungleich verteilt und die Geldmengen sind zu groß geworden.

Durch das jahrzehntelange Wirtschaftswachstum sind die Warenmärkte der Industrienationen zumindest in Teilen gesättigt. Gleichzeitig hat die Erwerbslosigkeit deutlich zugenommen und der Niedriglohnssektor wurde stark ausgeweitet. Dies zusammen führt zu schwacher Nachfrage. Daher sind die produzierenden Unternehmen nicht mehr zu noch weiterer Verschuldung bereit.

Hier versuchen die führenden Notenbanken durch Anregung höherer Wachstumsraten gegenzusteuern. Dazu soll den Geschäftsbanken durch billiges Zentralbankgeld die Kreditvergabe erleichtert werden. Diese ist auch wegen der niedrigen Guthaben-Zinsen am Kapitalmarkt gegenwärtig mit Risiken verbunden. Anleger haben heute nämlich nur ge-

Die Geldordnung muss es in Zukunft zulassen, dass die Wirtschaft ohne soziale Probleme stagnieren oder sogar schrumpfen kann.

Die Spielregeln müssen geändert werden! Liquiditätskosten wären weit weniger belastend als die immerwährende positive Verzinsung der Vermögen, von denen nur die reichsten zehn Prozent profitieren haben.



ringes Interesse, Gelder langfristig festzulegen. Die kurzfristige Geldhaltung ist, da sie mehr Freiheiten bietet, bei nahezu gleichen Zinssätzen interessanter. Letztere spiegeln sich in einer heute sehr flachen Zinsstrukturkurve wider (siehe Abbildung rechts, orange Kurve). Bei einer geringen Differenz zwischen Zinssätzen für kurzfristige und langfristige Geldanlagen fehlt ein Anreiz zu langfristigem Festlegen von Geldern.

Die Liquiditätspräferenz der Bankkunden vergrößert das Risiko der Geschäftsbanken bei der Kreditvergabe, das ohnehin durch immer mehr »notleidende« Kredite gewachsen ist. Sie müssten nun mehr riskante »Fristentransformation« betreiben. Bei der Fristentransformation werden auf der Basis kürzerfristig überlassener Einlagen längerfristige Kredite gewährt.

Die vermehrt kurzfristig gehaltenen Gelder wie auch das billige Zentralbankgeld begünstigen Spekulationsblasen und das Inflationspotential. Derzeit wächst die Nachfrage nach »Gütern im Bestand« (Inflation bei Vermögensgütern), bei sinkender Nachfrage (Deflation) nach Gütern aus dem Produktionsstrom (BIP).

Problemlösung

Für eine robuste Finanzwirtschaft ist es erforderlich, dass »Nichtbanken« aktuell nicht benötigte Gelder längerfristig festlegen. Dies

sorgt für Stabilität im Kredit- und Einlagengeschäft. Ein Anreiz hierfür wird durch eine hinreichend große Differenz zwischen Zinssätzen »am kurzen und am langen Ende« gegeben (»steile« Zinsstruktur, siehe rote und grüne Kurve in der Abbildung).

Da die Zinssätze für langfristige Anlagen bei ausbleibendem Wirtschaftswachstum und aufgrund anhaltender Kapitalfülle niedrig bleiben (sollen!), muss die Zinsstruktur nunmehr am kurzfristigen Ende deutlich in den negativen Bereich gehen. Das ist die entscheidende Neuerung.

Um wieder eine »steile« Zinsstruktur herzustellen, müssen die Notenbanken die liquiden Mittel am kurzfristigen Ende mit Kosten belasten. Dazu ist es erforderlich, auch Maßnahmen in Bezug auf das Bargeld zu ergreifen, denn sonst würde sofort eine »Flucht in Bargeld« einsetzen. Solche »Durchhaltekosten« (J. M. Keynes) in Form zeit- und mengenabhängiger Gebühren für das Halten von Zahlungsmitteln würden den Geldkreislauf verstetigen. Diese Kosten wären insgesamt weitaus weniger belastend als die immerwährende positive Verzinsung der Vermögen, die zu einer Umverteilung von Armen zu Reichen und so zu einer Kapitalakkumulation bei einer reichen Minderheit geführt hat.

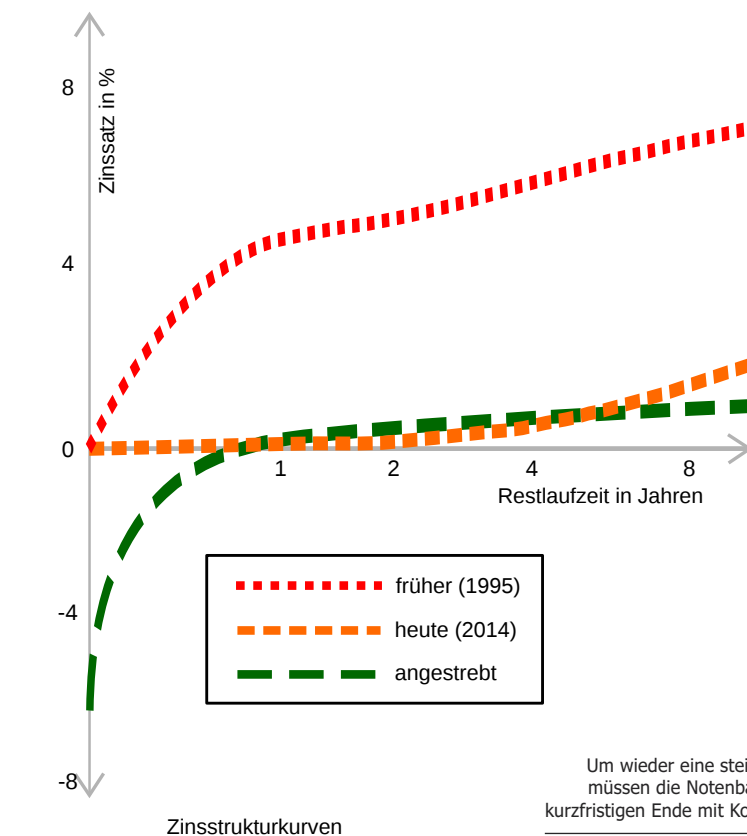
Durchhaltekosten auf Zahlungsmittel

Mit Durchhaltekosten auf Zahlungsmittel, oder anders ausgedrückt: mit einer »Haltegebühr für das Geld«, stünde den Notenbanken so ein konstruktiver Mechanismus für die Stabilisierung der Währung und des Finanzsektors zur Verfügung.

- Durchhaltekosten in Form einer Gebühr auf die Zahlungsmittel ermöglichen bei Guthabenzinsen um Null die notwendige Spreizung der Zinsstruktur.
- Die Liquiditätskosten bieten den nötigen Anreiz, auch bei einem Niedrigst-Zinsniveau Gelder längerfristig festzulegen.
- Dies gewährleistet die Kreditversorgung der Realwirtschaft, ohne dass die Geschäftsbanken für die Refinanzierung zu stark auf kurzfristige Gelder angewiesen sind. Dadurch sinkt die Abhängigkeit von der Entwicklung der Leit- und Geldmarktzinsen wie auch die Abhängigkeit der Banken untereinander.
- Eine unangemessene Zunahme der Liquidität im System wird so vermieden. Die Abkopplung der Geldmengen von der Entwicklung der Wirtschaftsleistung wird verhindert.

Positive Auswirkungen der Geldreform

Die Ergänzung des Notenbank-Instrumentariums um Liquiditätskosten macht Wirtschaft-



Um wieder eine steile Zinsstruktur herzustellen, müssen die Notenbanken die liquiden Mittel am kurzfristigen Ende mit Kosten belasten (grüne Linie).

ten ohne Wachstumsdruck möglich. Diese Belastung der Zahlungsmittel, aber nicht der länger festgelegten Mittel, sorgt dafür, dass zum einen Zahlungsmittel stetig umlaufen, also keine Deflationstendenzen auftreten, und zum anderen sich am Kapitalmarkt dauerhaft ein Niedrigstzinsniveau herausbildet.

- Spekulationsblasen und Wettgeschäfte, die durch eine zu flache Zinsstruktur und zu viel Zentralbankgeld befeuert werden, gehören der Vergangenheit an.
- Während aktuell Zinsen meist private Einnahmen darstellen, ist die Belastung der Zahlungsmittel eine öffentliche Einnahmequelle.
- Bis auf Null sinkende Guthabenzinsen schaden – in Abwesenheit von Inflation – nicht den Sparern. Der Werterhalt der Sparguthaben ist gewährleistet.
- Ein Nullzins-Niveau bei langfristigen Guthaben sorgt – in Abwesenheit von Deflation – für Vielfalt und Stabilität des Wirtschaftens.
- Die sinkende Zinsbelastung der Volkswirtschaften beendet den bisher zwangsläufigen Drang zu permanentem Wirtschaftswachstum. Dies ist die wichtigste Voraussetzung für sinkende Umweltbelastung.
- Niedrige Zinsen verändern die Diskontierung und unterstützen so Langfrist-Denken in Unternehmen. Ökologische Projekte rechnen sich endlich.
- Die sinkende Belastung der Unternehmen und der öffentlichen Haushalte durch den Kapitaldienst schafft Spielraum für den Abbau unerwünschter Erwerbslosigkeit oder auch für höhere Arbeitseinkommen, wo

nötig. Sie ermöglicht zudem Arbeitszeitverkürzungen und begünstigt somit eine »Entschleunigung«.

- Ohne Wachstumsdruck müssen Unternehmen nicht mehr ihre Absatzmärkte vergrößern. Der »Behinderungs-Konkurrenzkampf« kann einem fairen Qualitäts-Wettbewerb und mehr Kooperation weichen.
- Dringend notwendige gesellschaftliche Aufgaben können menschenwürdig entlohnt werden. Statt um die Befriedigung unersättlicher Finanzmärkte geht es dann um die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse und ökologischer Erfordernisse.
- Staatsanleihen um null Prozent machen eine Haushaltssanierung und Schuldenabbau auch für stark überschuldete Staaten möglich. Die Staaten erhalten so wieder Handlungsspielraum. Stützungskäufe durch die Notenbanken werden überflüssig. Die Staatsaufgaben sind zukünftig aus dem Steueraufkommen finanzierbar.

Eine stabile, umlaufgesicherte Währung würde unsere Gesellschaft nachhaltig verändern. Sie würde es uns ermöglichen, unabhängig von Wirtschaftswachstum ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. ■



Beate Bocking, Jg. 1969, Mutter von zwei Kindern, studierte u.a. Politikwissenschaft, engagierte sich für ein Wohnungslos-Magazin und als Tauschring-Gründerin. Redakteurin der Fairconomy seit 2001.

Paradigmenwechsel im Geldwesen?

In vergangenen Zeiten war allein ein positiver Zins denkbar. Anfang Juni hat die EZB jedoch den Zinssatz für die Einlagefazilität auf $-0,10\%$ herabgesetzt. Stehen wir vor einer Zeitenwende, vor einem Paradigmenwechsel im Geldwesen? Das Seminar für freiheitliche Ordnung in Bad Boll hat Negativzinsen unter die Lupe genommen.

W

ährend einer Tagung am 19. und 20. Juli 2014 beschäftigte man sich

im Seminar für freiheitliche Ordnung (SffO) mit der Frage: »Negativzinsen – ein heilsames Gift?« Fritz Andres, Vorstandsmitglied des SffO, beantwortete die gestellte Frage schon in seinen Begrüßungsworten positiv: »Die Einzelnen werden das Giftige daran in homöopathischen Dosen vertragen – entscheidend ist, dass negative Zinsen für die Gesellschaft als Gesamtheit heilsam sind!«

Als erster Referent gab Timm Cebulla eine kurze Einführung ins Tagungsthema und erläuterte verschiedene Aspekte des Zinses: Dieser stellt einen Knappheitspreis für Geld- und Sachkapital dar. Um zu erklären, was überhaupt Kapital ist, führte er aus, dass Geld zur Vorfinanzierung von Arbeiten benötigt wird, die erst später einen Ertrag abwerfen. Er erwähnte dabei die in den Wirtschaftswissenschaften immer noch gängige Vorstellung vom Konsumverzicht, den die Finanziers »leisten« und provozierte damit gleich einen Einwurf aus dem Publikum, dass das Geld auch aus einer Kreditgeldschöpfung der Banken kommen könne, statt von Einem, der nicht konsumiert. Der Einwand traf laut Prof. Thomas Huth »direkt ins Herz« und werfe die Frage auf, unter welchen Voraussetzungen schnödes Geld überhaupt Kapitalcharakter erlange.

Wann erlangt Geld Kapitalcharakter?

Kann von Kapital im eigentlichen Sinne nur gesprochen werden, wenn es zinstragend ist? Entscheidend ist dann der Grad der Nachfrage nach (Vor-)Finanzierung, und nicht schon das Sparen an sich. Ferdinand Wenzlaff warf ein, dass sich die Kapitalfrage mit der klassischen politischen Ökonomie so beantworten lässt: Kapital sind Produktionsmittel in ei-



Wir befinden uns zwischen Skylla und Charibdis: zwischen Inflation und Deflation. Was ist gefährlicher?

nem Verwertungszusammenhang. Huth ergänzte, dass Produktionsmittel selbst in einem Verwertungszusammenhang nicht automatisch Zins abwerfen und unverzinsten Produktionsmittel daher streng genommen kein Kapital darstellen. Diese Kompliziertheit verunsichere jedoch viele Menschen.

Cebulla sprach noch den Gesichtspunkt der Interdependenz von Zinsen und Inflation an. Die Nominalzinsen müssen von den Realzinsen unterschieden werden, die nach Abzug der Inflationsrate übrig bleiben. Es stelle sich jedoch die Frage, warum die Nominalzinsen bislang immer positiv waren und was nun die historisch erstmalige Einführung eines negativen Nominalzinses durch eine große Zentralbank, nämlich auf Zentralbankgeld-Einlagen der Geschäftsbanken bei der EZB, eigentlich bedeute.

Cebulla: »Wenn nicht für alle Arbeiter genügend Kapital da ist, dann wird der Zins auf

jeden Fall positiv sein.« Positive Zinsen haben jedoch Einfluss auf die Vermögensverteilung. Sie führen zur Vermögenskonzentration.

Liquiditätsverzichtsprämie ausschlaggebend

In der Diskussion warf ein Teilnehmer die Frage auf, ob eine Nullzins-Situation überhaupt eintreten könne, da doch die Wünsche der Menschen endlos seien. Andere gingen jedoch von einer irgendwann eintretenden Sättigung aus, während im Gegenteil die Not der Menschen den Zins in die Höhe treibe, z.B. in Indien.

Ins Spiel gebracht wurde auch die Rolle des Staates im Kapitalismus. Staatskredite würden

endlos prolongiert, sogar einschließlich der Zinsen. Fritz Andres bestand jedoch darauf, dass u.a. die Entwicklung in Griechenland gezeigt habe, dass auch Staatskredite letzten Endes an eine Zinsbedenungs- und Tilgungsfähigkeit gebunden seien. Außerdem lassen sich Kapitalgeber in der Regel das Risiko, dass der Kreditnehmer seine Pflichten nicht erfüllen kann, kompensieren. Die Risikoprämie macht einen weiteren Bestandteil der Zinsen aus.

In der weiteren Diskussion richtete sich die Problematisierung auf die Keynes'sche Liquiditätsverzichtsprämie. Die Haltung von Liquidität generiert einen immateriellen Ertrag von mehr Sicherheit, da das Vermögen so kurzfristig umdisponiert werden kann. Geht man eine längerfristige Bindung ein, schwindet der immaterielle Ertrag der Sicherheit. Daher muss dieser Verlust der Liquiditätsprämie durch einen materiellen Ertrag – den Zinssatz – kompensiert werden.

Zinspolitische Zeitenwende

Nach der Kaffeepause zeigte Eckhard Behrens, ebenfalls Vorstandsmitglied des SffO, die Anzeichen einer zinspolitischen Zeitenwende auf:

- das Sinken der langfristigen Realzinsen
- die weltweite Absenkung der Leitzinsen
- die Diskussion über negative Leitzinsen

In den vergangenen Jahren waren sinkende Zinsen auf mehreren Gebieten zu beobachten. Zum Beispiel hat es einen dramatischen Rückgang der laufenden Verzinsung von Lebensversicherungen gegeben, die 2001 noch bei 7,08%, 2013 aber nur noch bei 3,61% lag. Hauptursache ist, dass Lebensversicherungen einen ganz bedeutenden Teil des Geldes in Staatsanleihen anlegen und diese weniger ertragreich geworden sind. In Deutschland mache sich statt einer Risikoprämie eine »Sicherheitsprämie« bei den Staatsanleihen bemerkbar, die die Nachfrage erhöht und somit die Erträge gesenkt habe. Dies führte dazu, dass der gesetzlich höchstens erlaubte Garantiezins der Lebensversicherer von 3,25% (2001) auf 1,75% (2014) gesenkt wurde und 2015 nur noch 1,25% betragen wird.

Behrens präsentierte außerdem einige Tabellen, zum Beispiel von den Kursen und Renditen börsennotierter Bundeswertpapiere am Sekundärmarkt. Auch bei langen Laufzeiten gibt es nur noch niedrige Renditen (2,1%). Deswegen steigen die Kurse alter Anleihen, für die noch hohe Zinsen bezahlt werden müssen. Weil die Durchschnittslaufzeit nur 5 Jahre beträgt, brauchte der Bund in den letzten fünf Jahren trotz weiter steigender Schuldsomme bereits 100 Mrd. Euro weniger an Zinsen auszugeben.

»Die sinkenden Habenzinsen werden in der Öffentlichkeit lautstark beklagt – während die positiven Auswirkungen eines sinkenden Zinsniveaus überhaupt noch nicht erkannt und thematisiert werden!«



Die Einzelnen werden Negativzinsen in homöopathischen Dosen vertragen – entscheidend ist, dass negative Zinsen für die Gesellschaft als Gesamtheit heilsam sind.

Was dem Bund Vorteile bringt, bringt den Banken und den Geldanlegern jedoch vordergründig Nachteile. Zum Beispiel sinken die Erträge der Aktiva von Sparkassen und Volksbanken, da auch diese die ihnen zufließenden Einlagen oftmals in Bundeswertpapieren anlegen. Die deutschen Sparer, die zum Großteil ihr Geld genau diesen Instituten anvertrauen, können daher nicht mehr auf so hohe Guthabenzinsen hoffen wie in früheren Zeiten. Dies wird von ihnen wie von den Vertretern ihrer Institute in der Öffentlichkeit lautstark beklagt – während die positiven Auswirkungen des sinkenden Zinsniveaus überhaupt noch nicht erkannt und thematisiert werden.

Realverzinsung wird teilweise negativ

An den indexierten Anleihen ist aus den Renditetabellen der Deutschen Finanzagentur abzulesen, dass die Inflationserwartung für den Zeitraum der kommenden 15 Jahre extrem niedrig liegt, nur noch bei 1,6%! 2009 ist die Inflationsrate sogar schon kurzfristig in den negativen Bereich gerutscht. Aktuell befinden wir uns aber seit 2011 in einer Phase, in der die Inflation deutlich über dem mittleren Zins für Tagesgeldkonten liegt. Das bedeutet, dass die Realzinsen teils schon negativ sind. Aus freiwirtschaftlicher Perspektive ist es zu begrüßen, dass große Einleger wie Versicherungen bei Tagesgeld schon eine negative Verzinsung hinnehmen müssen.

In einer Grafik zu den langfristigen Realzinsen in den USA, Japan und im Euro-Raum zeigte Behrens, dass die Realzinsen in den USA zu Anfang der 1980er noch bis zu 9% betragen, sich jedoch in der ersten Hälfte

der 90er Jahre international bei ca 4% einpendelten. Doch obwohl 2009 ein Krisenjahr war, gingen die Realzinsen dann wieder stark nach oben – weil die Inflation plötzlich stark zurückging.

Eine weitere Grafik zeigte die Entwicklungen in Ben Bernankes Amtszeit als Vorsitzender des amerikanischen Federal Reserve Systems. Während 2006 letztmals die Leitzinsen angehoben wurden, um die Inflation zu bekämpfen und die Konjunktur zu dämpfen, verbleiben sie seit Ende 2008 auf einem historisch extrem niedrigen Niveau.

Brauchen wir ein höheres Inflationsziel?

Die Leitzinsen wurden gesenkt, (auch) um die Konjunktur zu fördern. Die Absenkungen waren jedoch nicht ausreichend. Insbesondere die EZB ist jetzt nervös hinsichtlich der niedrigen Inflationsraten, die zu nahe an der Deflation sind. Da der Leitzins schon fast bei Null liegt, hat sie nun ein Problem, eine höhere Inflation zu erreichen. Laut Eckhard Behrens müssten wir eingestehen, dass wir uns bereits seit 2011 in einer Situation befinden, die Irving Fisher als »Schuldendeflation« bezeichnet hat.

Einzelne international einflussreiche Ökonomen, wie der Nobelpreisträger Paul Krugman, plädieren daher für die Anhebung des Inflationsziels, das sowohl in den USA als auch im Euroraum offiziell bei 2% liegt. Es ist bemerkenswert, dass Krugman zum strategischen Forum der EZB in Sintra eingeladen wurde und sein Plädoyer dort vortragen durfte. An eine weiterführende öffentliche Diskussion traut sich aber anscheinend noch niemand heran.

Dabei hatten auch die amerikanischen Notenbanker schon 2012 bei ihrer Jahreskonferenz in Jackson Hole der Rede von Michael Woodford (Columbia University) gelauscht, der ebenfalls in diese Richtung argumentiert hatte. Er hatte festgestellt, dass die Geldmengenausweitung mittels quantitativer Lockerungen nicht wirklich erfolgreich war, weil man bei dem niedrigen Inflationsziel von 2% geblieben sei und zu niedrige Inflationserwartungen konjunkturbremkend wirkten.

Eckhard Behrens sieht sich durch solche prominenten Äußerungen in seinen eigenen langjährigen Analysen und in dem Plädieren des SffO für eine »dosierte Inflation« bestätigt. Die Forderung nach einer Anhebung des offiziellen Inflationsziels (und damit der Inflationserwartungen) auf mindestens 4% sei vernünftig, wenn auch letzten Endes die Gesellschafter Reform mit einer Umlaufsicherungsgebühr einer erhöhten Inflation vorzuziehen sei. Behrens hat nicht die Inflationsängste, die gerade Deutsche angesichts der historischen Erfahrung mit Hyperinflation haben. Er glaubt, dass der Notenbank das Absenken zu hoher Inflationsraten heutzutage zuverlässig gelinge.

Hohe Zinserträge nicht mehr möglich?

Scheint also nun alles darauf hinzudeuten, dass die Vermehrung der Geldvermögen durch Zinsen ein natürliches Ende findet? Ein Teilnehmer fragte, wie es denn dann sein könne, dass gerade nach Ausbruch der Finanzkrise dennoch eine besonders hohe Umverteilung hin zu den Vermögenden stattgefunden hat? Laut Behrens bestehen die Vermögenszuwächse der letzten Jahre zum großen Teil aus Bewertungsgewinnen bei Sachvermögen und Wertpapieren; diese entstehen, wenn Ertragswerte mit niedrigeren Zinsen als früher berechnet werden. Freiwirtschaft ist schon lange bekannt, dass die Bodenpreise steigen, wenn das Zinsniveau sinkt.

Fristentransformation, Zinsstruktur und Konjunktur

Nach der Mittagspause referierte Ferdinand Wenzlaff, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Lüneburg, zum Thema »Fristentransformation, Zinsstruktur und Konjunktur«. In einer geballten, anspruchsvollen Präsentation erklärte er das in allen entwickelten Ökonomien vorherrschende zweistufige Bankensystem, welches sich durch die Trennung von Geld und Kredit auszeichnet. Während Geschäftsbanken (GB) auto-



Nobelpreisträger Paul Krugman plädierte auf der EZB-Konferenz in Sintra für die Anhebung des Inflationsziels.

nom Buchgeld durch Kreditvergabe schöpfen, kann nur die Zentralbank (ZB) Zentralbankgeld schöpfen.

Die Versorgung mit Zentralbankgeld erfolgt im Normalfall nicht direkt über die Zentralbank, sondern über den Geldmarkt, wo sich GBs gegenseitig Kredite geben. Da aber die ZB die Zinsen festlegt, zu denen man bei ihr borgen oder anlegen kann, schafft sie einen Korridor, in welchem sich die Geldmarktzinsen bewegen.

Ganz entscheidend ist nun die Einsicht, dass ZBs nicht die Menge des Zentralbankgeldes bestimmen, sondern den Preis – die Leitzinsen.

Doch warum fragen GBs Zentralbankgeld nach, obwohl sie Buchgeld schöpfen können? Erstens fragt das Publikum einen Teil der Kredite in Bargeld ab. Zweitens besteht für GBs die permanente Gefahr von Verpflichtungen in Zentralbankgeld. Die Abhängigkeit davon, sich kurzfristig und teuer Zentralbankgeld beschaffen zu müssen, sinkt durch das Sammeln von Publikumseinlagen und Transformation in die Langfrist. Ergebnis der Praxis der Fristentransformation ist eine Zinsstrukturkurve. Die Zinsstrukturkurve bildet ab, dass der Zinssatz mit steigender Bindungsdauer ansteigt.

Zentralbanken sind an einer ausreichend steilen Zinsstruktur interessiert. Dies können die

Zentralbanken erreichen, indem sie die Leitzinsen hochsetzen – die hohen Kosten steigern den Anreiz, dem Publikum Zinsen auf längerfristige Bindungen zu bieten. Doch leider steigt damit das Zinsniveau, was dem Ziel der Erhöhung von Investitionen und Beschäftigung zuwiderläuft. Das soziale Ziel einer höheren Beschäftigungsrate erfordert eigentlich niedrige Zinsen. Diesen Zielkonflikt bezeichnet Wenzlaff als Dilemma der Zentralbank.

Wie bestimmen Notenbanken die Höhe der Leitzinsen?

Nach der Kaffeepause referierte Prof. Dr. Thomas Huth, Volkswirt an der Leuphana-Universität Lüneburg, darüber, wie die Notenbanken die Höhe der Leitzinsen bestimmen. 1993 habe der US-Ökonom John Taylor versucht zu ergründen, nach welchen Gesetzmäßigkeiten die amerikanische Notenbank ihren wichtigsten Leitzins, die Federal Funds Rate, festlege. Tatsächlich sei die Taylor-Regel eine »praktikable Simplifizierung«, mit der sich die Bildung der Leitzinsen nicht nur in den USA, sondern auch in Europa relativ gut erklären ließe.

Auch EZB-Präsident Mario Draghi habe die Grundbausteine des Neu-Keynesianischen Modells im Kopf: eine vom Realzins abhängige gesamtwirtschaftliche Nachfrage, eine um Erwartungen erweiterte Phillips-Kurve sowie eine gesamtwirtschaftliche Verlustkurve. Auch Draghi könne nicht machen, was er wolle, denn er sei an den Vertrag von Maastricht gebunden, in dem die Bewahrung der Preisniveaustabilität (gemessen am Verbraucherpreisindex) Vorrang hat. Die EZB würde auch heute noch verneinen, dass sie Inflation-Targeting betreibt. Sie reagiert mit ihrer Zinspolitik auf Angebots- und Nachfrageschocks. Wenn die Inflationsrate steigt, wird der Realzins erhöht, um zu dämpfen. Wenn aber die Inflationsrate sinkt und eine deflationäre Situation droht, reagiert die Notenbank mit einer Absenkung ihres Leitzinses bis fast auf Null. Dass aber nominale Zinsen auch negativ sein können, wurde von den Notenbankern und der gängigen Ökonomie bislang immer ausgeschlossen.

Dabei sieht sich Huth in der schwierigen Lage auch auf der Seite der »Tauben«. Tauben und Falken, so werden die großen geldpolitischen Lager genannt. Tauben stehen für eine lockere Geldpolitik. Sie wollen niedrige Zinsen und billiges Zentralbankgeld, um die Wirtschaft anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit

zu bekämpfen. Falken dagegen wollen vor allem die Inflation bekämpfen. Eine aktive Konjunkturpolitik mit der Notenbankpresse lehnen sie ab.

Zwei Möglichkeiten

Am Abend beschrieb Fritz Andres unsere Situation »zwischen Skylla und Charybdis«. Schon Aristoteles habe gemahnt, bei der Suche nach dem goldenen Mittelweg gelte es, vom größeren Übel größeren Abstand zu halten. Das größere Übel – lt. Andres eindeutig die Deflation – mache demnach einen deutlichen Schritt in den inflatorischen Bereich erforderlich.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte gehe in diese Richtung: Der allmähliche Abschied von der strikten Preisstabilität von 0%, hin zu höheren Inflationsraten, ist unverkennbar. Er wurde genährt von den Erfahrungen Japans, das seit ca. 20 Jahren aus einer deflatorischen Situation nicht herauskommt.

Die EZB verfolgt seit 2003 ein Inflationsziel von »unter, aber nahe 2%« – weswegen sie heute, bei einer Euro-Inflation von 0,5%, von der Gefahr zu niedriger Inflationsraten spricht. Top-Ökonomen wie Buiter, Krugman, Blanchard oder Mankiw empfehlen inzwischen sogar Inflationsraten um 4% – womit das vom SffO seit Jahrzehnten als Zwischenlösung vertretene Konzept einer do-

»Die Umlaufgeschwindigkeit ist ein weißer Fleck, ein Tabu in der offiziellen Geldpolitik dieser Welt.«

durch Stabilisierung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, direkt löst. Eine solche Geldreform benötigt daher weder zur Inflation noch zur Deflation einen Sicherheitsabstand und verdiene eigentlich erst die Bezeichnung »goldener Mittelweg«.

Hypertrophie an den Bestandsmärkten

Am Sonntagmorgen widmeten sich die Teilnehmer dem Thema »Tauschmärkte – Vermögensmärkte: Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Zusammenhänge«.

Prof. Huth erinnerte an den Boom des amerikanischen Aktienmarktes vor dem Schwarzen Freitag 1929. Aktien waren damals als Kreditsicherheiten bei den Banken hinterlegt und beim Crash kamen die Banken in massive Probleme. Viele gingen bankrott. Wie vor beinahe jedem Crash behauptet man heute wieder, dass die steigenden Aktienkurse »funda-

mental gerechtfertigt« seien.

1988 begann in Japan die Immobilienpreisblase zu platzen. Seit zweieinhalb Jahrzehnten stagniert dort die Wirtschaft. Damit die Deflation nicht zum Selbstläufer wurde, musste der Staat mit enormer Verschuldung gegenhalten. 2008 erlebte die Welt erneut das Platzen einer Immobilienblase, diesmal in den USA, mit den bekannten Folgen...

Wir haben also heute nicht mit einer Verbraucherpreis-inflation zu kämpfen, sondern mit einer Hypertrophie an den Bestandsmärkten. Dennoch halten es die meisten für richtig, dass die EZB bei ihrer Nullzins-Politik bleibt, da wir an der Grenze zu einer deflationären Situation bzw. Rezession stehen. Die EZB musste mit den massiven Liquiditätsspritzen den Interbankenmarkt wieder beleben. Wird keine günstige Liquidität zugeführt, bekommen Banken Probleme. Das Dilemma ist jedoch, dass die Banken mit

dem billigen Geld nicht die Wirtschaft ankurbeln, sondern an den Sekundärmarkt gehen und die Asset-Preise in die Höhe treiben. Auch jetzt, bei dem negativen Einlagenzins, sei das nicht anders: Das Geld gehe aus der Einlagenfazilität an die Bestandsmärkte und zurück.

Früher galt: Die Aktienkurse steigen, wenn die Unternehmen erfolgreich sind. Heute dagegen wird bei steigenden Aktienkursen angenommen, dass es den Unternehmen gut geht! Es dränge sich das Bild auf von der Realwirtschaft als kleinem Bot auf den hohen Wellen der Finanz- und Aktienmärkte. Thomas Huth: »Schaum bis unter die Badezimmerdecke!«

Dabei geht Huth davon aus, dass die Notenbanken längst von privaten Akteuren unter Druck gesetzt werden, nach dem Motto: »Du holst jetzt die Bazooka raus, sonst werden wir Aktien verkaufen!« Fondsmanager können sich dramatische Kursverluste nicht leisten. Die Bewertung von Wertpapierbeständen ist enorm wichtig, aber heute sehr labil. Das kann schnell Rückwirkungen auf die Realwirtschaft haben. Diese Bedrohung durch die Asset-Märkte sei die neue, gefährliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte.

Huth plädiert daher für sehr strikte ordnungspolitische Maßnahmen wie eine selektive Kreditvergabe-politik der EZB, die den Geschäftsbanken Vorgaben macht. Forward Guidance (eine nur verbale Lenkung) sei völlig unzureichend.

Bedeutung der Umlaufgeschwindigkeit

Zum Abschluss der Tagung gab David Fiedler Ausblicke auf ein zinsbefreites Wirtschaften. Für eine Währung, die nicht anfällig für Krisen ist, seien das Schließen des Geldkreislaufs und ein stetiger Fluss des Geldes ausschlaggebend. Dadurch wachse die Wirtschaft sozusagen »in die Vollbeschäftigung hinein«. Dies stärke die Arbeitnehmer, die dann »auf Augenhöhe« mit den Arbeitgebern verhandeln könnten.

Es reiche aber nicht aus, sich nur über die Geldreform Gedanken zu machen. Die Frage »Wem gehört die Erde?« müsse ebenfalls gestellt werden, wolle man eine gerechte Teilhabe für alle erreichen.

Aus dem Publikum kam in der Schlussrunde die Frage, ob nicht – wenn die Zinspolitik heute durch Spekulation ausgehebelt würde – doch eine reine Geldmengen- statt Zinssteuerung denkbar wäre. Die Antwort von Prof. Huth: »Die Umlaufgeschwindigkeit ist ein weißer Fleck, ein Tabu in der offiziellen Geldpolitik dieser Welt. Genau darum geht es!«

Beate Bocking



Die Gesell'sche Reform mit einer Umlaufsicherungsgebühr, wie beispielsweise beim Regiogeld Chiemgauer praktiziert, ist einer erhöhten Inflation vorzuziehen.

sierten Inflation in den höchsten Kreisen angekommen zu sein scheint.

Die Gesell'sche Lösung einer echten Geldreform werde in der Diskussion um höhere Inflationsraten von einem Teil der o. g. Ökonomen durchaus erwähnt. Andres gab ihr als Endziel den Vorzug, weil sie nicht kompromisshaft auf der Ebene der beiden zu vermeidenden Übel selbst bleibt, sondern das Problem auf einer anderen Ebene, nämlich

22. isw-forum: Ist Wohlstand ohne Wachstum möglich?

Am Samstag, den 5. Juli fand das mittlerweile 22. Forum des Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung im Münchner Gewerkschaftshaus statt. Das isw-Forum verstand sich dabei als Teil der im September in Leipzig stattfindenden großen Degrowth-Konferenz. Verschiedenste AktivistInnen, aus attac, Sozialforen oder Gewerkschaften bereicherten das diesjährige Forum mit fundierten Diskussionsbeiträgen

Gemeinsam mit mehr als 80 KollegInnen diskutierten Ulrich Brand, Professor für internationale Politik an der Universität Wien, Uwe Fritsch, Betriebsratsvorsitzender von VW Braunschweig, Sabine Leidig, verkehrspolitische Sprecherin der Partei Die Linke im Bundestag und Franz Garnreiter, isw-Redakteur und Volkswirt die große Frage, ob in unserem Gesellschaftssystem Wohlstand ohne Wachstum möglich sei.

In seiner Einleitung ging der Vorsitzende des isw, Conrad Schuhler, auf die Aktualität und Wichtigkeit des Themas ein und stellte fest, dass der globale Kapitalismus und sein Zwang zum Wachstum ein »Angriff auf das Leben selbst« sei. Der Mensch müsse seine Lebens- und wirtschaftliche Produktionsweise ändern, um als solcher überleben zu können. Das »Geld als Gott« (Papst Franziskus), stehe im Mittelpunkt dieses Wirtschaftssystems, das geändert werden müsse.

Die Wachstumsfixierung wird zum Risiko für die Gesellschaft

Prof. Ulrich Brand, der gleichzeitig Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zu »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« ist, stellte fest, dass der Profit die zentrale Triebkraft für Unternehmen sei und dieser nur durch Wachstum sichergestellt werden könne. Dabei stehe die Ideologie des unbedingten Wirtschaftswachstums schon seit langer Zeit in der Kritik, beginnend bei John Stuart Mill über Karl Marx bis hin zu John Maynard Keynes. Besonders in Krisenzeiten komme dabei die Wachstumsdebatte immer wieder auf das Tablett der politischen linken Diskussion, sowohl in den 70er Jahren als auch besonders seit der Krise von 2008.

Brands zentrale These bestand darin, dass das heutige Wirtschaftswachstum von einem Stabilisator früherer Zeiten, hin zu einem Destabilisator der Gesellschaft gewor-

den ist. Die Wachstumsfixierung wird zum Risiko der Gesellschaft. Dies sei besonders bei den Finanzmärkten ersichtlich, deren Wachstumsfixierung ein weiteres Aufblähen der Spekulationsblasen ermögliche. Das heutige Wirtschaftswachstum sichere den Menschen im Vergleich zum Fordismus kein vergleichsweise »gutes« Leben mehr:

Es wird gelebt um zu arbeiten, statt gearbeitet um zu leben. Der Konsumismus, die Fixierung der Gesellschaft auf möglichst viel Konsum wird befördert, genauso wie ein anarchistischer, ungeplanter Produktivismus, zur Herstellung der (Konsum-)Güter. All dies führe zu einem massiven ökologischen Problem, das die Frage eines Wandels, eines Umbaus der Produktions- und Lebensweise immer dringender mache.

Auch die Funktion der Herrschaftssicherung, die über die Wachstumsideologie in Krisenzeiten vermittelt werde, stand im Mittelpunkt des Vortrages. Krisen wurden und werden immer auch herrschaftlich von den Mächtigen beantwortet, die ihre Positionen meistens absichern können, so Brand. Die Lohnabhängigen bleiben dabei meist untergeordnet, in einer klassen- und geschlechterförmig sowie rassistisch organisierten Arbeitsteilung. Die strukturelle Grenze der bürgerlichen Demokratie bestehe dabei in der Ausklammerung der ökonomischen Sphäre der Gesellschaft. Somit werde die Macht der wirtschaftlichen Starken niemals angefasst.

Doch was folgt daraus? Was ist zu tun? Brand plädierte dafür, nicht nur den Kuchen der gesellschaftlichen Produktion anders zu verteilen, sondern schon früher an-

zusetzen und darüber zu diskutieren, wie in einer Postwachstumsgesellschaft der Kuchen ganz anders, mit weniger Ressourcen- und Energieeinsatz, zustande kommen könnte, um dann über seine Verteilung zu diskutieren. Der Weg dahin sei mit dem etwas sperrigen Begriff der sozial-ökologischen Transformation am besten zu beschreiben. Ein zentraler Bestandteil dieses Weges, so stellte Brand in der anschließenden Diskussion fest, sei die Vergesellschaftung und Demokratisierung der Energiekonzerne.

Wirtschaft, die wir loswerden müssen

Franz Garnreiter ging in seinem Beitrag auf unproduktive Wirtschaftsbereiche ein, die in einer sozial-ökologisch transformierten Gesellschaft nicht mehr von Nöten sind. Damit sind zum Beispiel die Werbeindustrie (mit mehr als 480.000 Beschäftigten in Deutschland), die die Menschen nur zu mehr Konsum animiere gemeint oder die Ausrichtung der Produktion auf Wegwerfprodukte und einkalkuliertes Kaputtgehen der Konsumgüter (»geplante Obsoleszenz« genannt). So wirft die deutsche Bevölkerung im Jahr insgesamt



Wohlstandsmüll – wie lässt sich der vermeiden?

Der isw-report 98 dokumentiert die Redebeiträge des 22. isw-forums:

»Ist Wohlstand ohne Wachstum möglich?«

Prof. Ulrich Brand (Uni Wien)

Mensch und Natur verlangen die Wachstumsbremse

Franz Garnreiter (isw)

Wirtschaft, die wir dringend loswerden müssen

Uwe Fritsch (Betriebsratsvorsitzender VW Braunschweig)

Wohlstand ohne Automobilproduktion?

Sabine Leidig (MdB DIE LINKE.)

Positionen und Akteure für eine sozial-ökologische Transformation

Er erscheint am 5. September 2014 und kostet 3,00 Euro zzgl. Versand.

Bestellformulare gibt es unter: www.isw-muenchen.de/best.html

ca. 1,5 Milliarden Kleidungsstücke weg. In Großbritannien sind 80% aller weggeworfenen Mikrowellen nicht kaputt oder leicht reparierbar. Auch der Repressionsapparat, das Militär, die Massen an Wirtschaftsprüfern, Steuer- und Rechtsberatern seien ein Teil der Wirtschaft, die wir loswerden müssen und nur dem Selbsterhalt der Gesellschaft dienen würden, so Garnreiter.

In detaillierten Berechnungen wies er nach, dass bis zu 11% des deutschen Bruttoinlandproduktes des Jahres 2010 auf unproduktive Wirtschaft zurückgehe, die dazu dient, die kapitalistische Maschinerie am Laufen zu halten, aber keinerlei produktive Funktion habe.

Die graphische Darstellung von mehreren hunderttausenden Jobs, die man sich sparen könne, wurde in der Diskussion kritisch bewertet – man dürfe die Bedürfnisse der Menschen nach sicheren Arbeitsplätzen nicht auf die leichte Schulter nehmen. Eine Lösung dieses Problems sahen viele TeilnehmerInnen in einer massiven Arbeitszeitverkürzung und einer Konversion der unproduktiven Wirtschaftsbereiche. Auch die Frage, ob individuelle Bedürfnisse der Menschen allein sozial konstruiert seien und somit als falsches Bewusstsein abgetan werden dürfen, wurde in der Diskussion aufgegriffen und kontrovers diskutiert.

Den KollegInnen muss eine Lebensperspektive eröffnet werden

Uwe Fritsch, Betriebsratsvorsitzender von mehr als 8500 VW-KollegInnen in Braunschweig und Mitglied im Weltbetriebsrat des Automobilkonzerns, wies darauf hin, dass er sich als Betriebsrat oftmals im Widerspruch zwischen gesellschaftlichen und betrieblichen Interessen befinde. Als Interessensvertreter der Belegschaft habe auch er Interesse am

Wachstum des Konzerns, um somit die Beschäftigung sichern zu können. Gleichzeitig sei er sich aber bewusst, dass ein erwarteter Absatz von weltweit mehr als 73 Millionen Autos in diesem Jahr ein massives Hindernis bei der sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft sei. Dabei wies er auf die Gefahr der Oberflächlichkeit der bisherigen Transformationskonzepte hin. Eine Infragestellung der Automobilindustrie müsse gleichzeitig Antworten auf die Ängste und Lebensperspektiven der KollegInnen geben. Ohne die aktive Beteiligung der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften an einer sozial-ökologischen Wende würde es zu keinerlei Wandel kommen, so Fritsch. Die Angst vor sozialem Abstieg, angesichts des Damoklesschwererts Hartz IV, sei zu groß, um momentan große Begeisterung für eine Konversion der Autoindustrie hervorzurufen.

Besondere Hervorhebung fand der mit der Unternehmensführung und Betriebsrat bei Tarifverhandlungen erkämpfte Innovationsfonds II für Innovationen außerhalb der Auto-Wertschöpfungskette. Dieser beinhalte zwar nur ein geringes Volumen von 20 Millionen Euro (bei einem Jahresumsatz von 200 Milliarden Euro), eröffne aber die Möglichkeit, die Belegschaften selbstbestimmt an der Entwicklung von Alternativen zu beteiligen und Erfahrungen zu sammeln, die die Arbeiterklasse auf Veränderungen vorbereitet und ein Produzentenbewusstsein entwickelt. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung und ein nachahmenswertes Beispiel für andere Konzerne.

Gleichzeitig betonte er die Wichtigkeit von gesetzlichen Vorgaben und Vorschriften, die maßgeblich für Wandelprozesse in der Autoindustrie seien. Die Unternehmen müssten zu umweltverträglichen Innovationen ge-

zwungen und das Mitbestimmungsrecht der Beschäftigten massiv ausgebaut werden. Auch er forderte als wichtigen Schritt eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Dies sei nur durch breiteste gesellschaftliche Bündnisse, einer Mosaik-Linken und vor allem einer aktiveren Beteiligung der Belegschaften ohne Stellvertreterpolitik möglich. Für Fritsch stand die Verteilung und nicht die Zubereitung des »Kuchens« im Mittelpunkt seiner Ausführungen. Professor Ulrich Brand ergänzte in der anschließenden Diskussion, dass die Verfügung der Produktionsmittel und der Investitionsentscheidungen wieder verstärkt diskutiert werden müsse.

Kräfte bündeln

Sabine Leidig, Mitglied des Bundestags für Die Linke und bis 2009 Bundesgeschäftsführerin von attac Deutschland, gab in ihrem Referat einen Überblick über Akteure einer sozial-ökologischen Transformation. Diese sind sehr vielfältig. So plädierte der Deutsche Frauenrat für eine Bedeutungsverschiebung und -zuwachs der Care-Ökonomie, also einer Ökonomie, die nicht in die derzeitigen Prinzipien von Gewinnsteigerung, Effizienz, Nutzen und Produktivitätsmaximierung passt. Gemeint sind zum Beispiel soziale Berufe, Altenpflege, Behindertenbetreuung etc. Auch die Bewegung gegen Stuttgart 21 und die Anti-Fracking-Bewegung seien Akteure eines sozial-ökologischen Wandels, gerichtet gegen die rücksichtslose Wachstumsideologie. Für Leidig werden diese Thematiken auch in gewerkschaftlichen Kreisen immer mehr diskutiert und das Wachstum = Wohlstand-Paradigma immer häufiger hinterfragt. Für die Partei Die Linke hob sie den Anfang diesen Jahres veröffentlichten »Plan B – das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau« hervor, der auch für Die Linke ein Fortschritt weg von der ausschließlichen Wachstumsorientierung, hin zu einer sozial- und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft sei. Sie betonte, dass es in der derzeitigen Lage unbedingt nötig sei, fortschrittliche und linke Kräfte zu bündeln und gesellschaftliche Auseinandersetzungen hin zu einer sozial-ökologischen Wende zu organisieren. Dabei sei auch die im September stattfindende Degrowth-Konferenz ein wichtiger Schritt.

Für viele der TeilnehmerInnen des 22. isw-forums war dieser Samstag nicht einfach nur anstrengend gut – nein, er war spannend, um den eigenen Horizont zu erweitern und vielleicht auch die im eigenen Kopf existierende Wachstumsideologie zu hinterfragen, durch neue Überlegungen zu ersetzen und sich nun nicht mehr nur um die Verteilung, sondern auch die grundsätzliche Zusammensetzung des Kuchens Gedanken zu machen. ■

Kerem Schamberger



INWO-Arbeitstreffen in Greven

Am 5. Juli traf der INWO-Vorstand, Erich Lange und Vlado Plaga, mit den anderen Hauptverantwortlichen des Vereins zusammen: Beate Bockting (Redaktion der Fairconomy), Martin Welch (Verwaltung von Netz-Auftritt und Mailing-Liste), Matthias (Kasse) und Klaus Willemsen (Medienspiegel). Wir trafen uns in Greven, nahe Münster (Westfalen), bei Beate, die dankenswerterweise Übernachtungsmöglichkeiten und Verpflegung bereitstellte.

Inhaltlich ging es zu Beginn um die INWO-Struktur sowie um unsere Zielgruppe: Die Struktur bestimmt zumindest teilweise die Möglichkeiten des Vereins und die Zielgruppe die Art und Gestaltung unserer inhaltlichen Materialien. Es herrschte Konsens, dass wir vor allem mit der Thematik vertraute Personen in eine konstruktive Diskussion einbinden wollen und gleichzeitig weitere mitdenkende, engagierte Bürger als Mitglieder gewinnen sollten, um die Basis des Vereins zu verbreitern.

Im Anschluss haben wir ausführlich über unsere Öffentlichkeitsarbeit und unser Material gesprochen. Themen waren unter anderem der Internet-Auftritt, wozu jetzt aufgrund des anhaltenden (Medien-)Interesses doch ein besser gepflegtes Facebook-Konto kommen soll, die anstehende Degrowth-Konferenz in Leipzig und die Aktualisierung der INWO-Standpunkte. Da die Standpunkte weitgehend vergriffen sind, steht dringend eine Neuauflage dieser kompakten



Infoblätter zu unseren Themenschwerpunkten an. Auch das Basisheft, das als Einstiegsmedium immer gut ankam, soll aktualisiert und dann neu gedruckt werden. Spätestens für die Großveranstaltung »Lust auf Neues Geld 2.0« im kommenden April in Leipzig werden wir ausreichend neues Material brauchen. Für Fachleute bzw. thematisch Bewanderte streben wir ein Sonderheft zum Thema »Umlaufsicherung des Geldes« an, um unserer Forderung nach verstärkten Forschungsanstrengungen in Sachen Liquiditätsgebühr mehr Nachdruck zu verleihen.

Vlado Plaga

Lust auf neues Geld 2.0

25. April 2015, 11–20 Uhr
Globana Trade Center
Leipzig-Schkeuditz
(Münchener Ring 2,
04435 Schkeuditz)

Ab sofort können
Eintrittskarten unter
www.lust-auf-neues-geld.de
(im Bereich Shop/Seminare
und Veranstaltungen)
bestellt werden.

Lust auf neues Geld 2.0



Am 25. April 2015 wird im Globana Trade Center Leipzig eine Neuauflage von »Lust auf neues Geld« stattfinden. Wie bereits bei der ersten Großveranstaltung 2012 in der Arena Leipzig (mit über 1.500 Teilnehmern) erwartet Sie wieder ein spannendes Programm.

Die Referate werden auch diesmal wieder in Kunst und Kultur eingebettet. Schließlich wollen wir die Herzen der Menschen erreichen, denn die Geldreform ist uns Herzenssache! Die Themen werden verständlich erklärt und auf lösungsorientierte Präsentation wird Wert gelegt.

Mit dabei sein werden u.a. Roman Huber, Vorstandsmitglied von Mehr Demokratie e.V., Andreas Bangemann von der Zeitschrift Humane Wirtschaft, Dr. Uwe Kröger vom Institut für

Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig und Steffen Henke von der Neues Geld gemeinnützige GmbH als Ausrichter der Veranstaltung. Weitere Details erfahren Sie bald!

Die INWO Deutschland e.V. übernimmt die Schirmherrschaft für dieses Event.

Diskussion der Kurzstudie: Hochzeit für Geldverbesserer

Wir möchten noch einmal auf die Diskussion der Kurzstudie hinweisen, die Wirtschaftsjournalist Thomas Fricke für den grünen Europa-Abgeordneten und Attac-Mitbegründer Sven Giegold erstellt hat.

Unter: <http://www.sven-giegold.de/2014/kurzstudie-hochzeit-fuer-geldverbesserer/> besteht die Möglichkeit, eigene Diskussionsbeiträge beizusteuern, um den verkürzten und teilweise falschen Darstellungen von Thomas Fricke mit guten Argumenten zu begegnen.

So haben zum Beispiel Tristan Abromeit und Ralf Becker lesenswerte Kommentare geschrieben.

Hier ein Auszug aus dem Kommentar von Ralf Becker:

Otmar Issing hat als Chefökonom der EZB am 18. Februar 2004 im Wall Street Journal Europe – wie viele Experten vor und nach ihm auch – ein beschränktes Geldangebot der EZB als Instrument zur notwendigen Vorsorge vor Asset-Price-Inflation und deren vorhersehbaren negativen Folgen benannt: »Asset-price inflation could ... be characterized as »too much money chasing too few assets«. A central bank cannot control the use of money, but it can try to control its supply. In other words, the risks associated with asset-price inflation and subsequent deflation are an additional reason for paying close attention to money and credit.«

Tatsache ist, dass sowohl nach dem Platzen der Aktienmarktblase Anfang des Jahrtausends als auch nach dem Platzen der Immobilienblase 2008/9 alle Ökonomen einhellig die zu expansive Geldpolitik der Zentralbanken als zumindest mit-entscheidende Ursache für das Entstehen der Blasen ausgemacht haben. Und mit genau dieser Ursache der Krisen bekämpft man jetzt wieder deren Wirkungen. D.h. die nächste Blase wird sehenden Auges produziert und zugelassen, weil man geldpolitisch seitens der Zentralbanken eben keine anderen Instrumente zur Verhinderung einer Deflation mehr zur Verfügung hat als das völlig unkontrollierte Schöpfen neuen Geldes.

In und nach der Krise halten sich die Geschäftsbanken selbstverständlich mit der Kreditvergabe an Unternehmen und unsichere Staaten zurück. Mittel- und langfristig sind jedoch Unternehmen und Staaten die einzigen Akteure, die unsere Vermögen sicher in die Zukunft transportieren können. Bei tendenziell sinkenden Wachstumsraten der Realwirtschaft (und damit auch der Steuereinnahmen – zumindest im Europa-Durchschnitt



Sven Giegold beim Geldgipfel 2014

gesehen) können diese Kreditnehmer jedoch mittel- bis langfristig nur noch Kreditzinsen in Höhe von knapp über Null bezahlen. Unser Geldsystem funktioniert bisher aber nur, wenn die langfristigen Habenzinsen weit über Null liegen – und die Kreditzinsen müssen zur Deckung der Bankkosten und des Inflationsausgleichs noch einmal mindestens 1,5 Prozent höher liegen.

Die EZB könnte die Geschäftsbanken durch die – jetzt ja auch bereits in Europa und den USA öffentlich diskutierte – Einführung von Negativzinsen dazu zwingen, Kredite auch zu günstigeren Konditionen an Geschäftsbanken und Staaten zu vergeben. Dann bräuchte die EZB nicht mehr Billionen Euro an frischem Geld in die Märkte pumpen, die automatisch zu Asset-Price-Inflation und dem Zerplatzen entsprechender Blasen führen müssen.

Insoweit bin ich davon überzeugt, dass (nur) die Einführung von Freigeld, also von Negativzinsen (auf die Einlagen der Geschäftsbanken bei der EZB und auf Giro- und Bargeld insgesamt) langfristig das erneute Aufbauen und Platzen von Blasen jedweder Art verhindern kann – als notwendige, nicht aber hinreichende Bedingung. D.h. alle anderen, zum Teil bereits erfolgten sowie darüberhinausgehend diskutierten Regulierungen herkömmlicher Art sind ebenso notwendig und sinnvoll.

Werden Sie aktiv!

Planen Sie Aktionen?

Nehmen Sie Kontakt mit dem INWO-Regionalbüro West auf:

E-Mail: vlado.plaga@INWO.de oder
Tel.: 0231 44995855 (montags und mittwochs)

Material gibt es beim INWO-Versand:
versand@INWO.de oder
Tel.: 06623 919601.
Wir würden uns freuen,
von Ihnen zu hören!

INWO steckt an!

Unterstützen Sie unsere Arbeit. Werden Sie INWO-Mitglied!

Einen Antrag finden Sie auf S. 22.
Jedes Neumitglied erhält eine dekorative blau-gelbe INWO-Anstecknadel geschenkt.





SCHWEIZ



Sozial- und Umweltforum **SUFO 2014**

Wie jedes Jahr, war auch am Jubiläumsanlass, dem 10. SUFO, die INWO Schweiz wieder dabei. Ebenso der Verein Mo-Mo mit der Vollgeld-Initiative.

Es nahmen rund 1'500 Personen an diesem Anlass teil. Das Publikum war altersmässig wie auch von der politischen Interessenlage her wie üblich bunt gemischt. Allein 600 Anmeldungen wurden für die über 50 Workshops registriert. Ein Rückblick des SUFO-Organisationskomitees zeigt auf, dass ganz viele Menschen gleiche oder ähnliche Utopien teilen und auch bereit seien, sich für deren Realisierung zu engagieren. Bewegungen und

Plattformen wie das SUFO sind wichtig, um Visionen – Bilder einer besseren Welt – zu entwickeln, zu verbreiten und in den Köpfen der Bevölkerung zu verankern. Es braucht viele kleine Schritte und Beiträge zu einem Umschwung und das braucht Zeit. Was heute noch eine Utopie ist, kann morgen Realität werden.

Der INWO-Infostand wurde von Heinz Jossi und Hansruedi Weber betreut. Alec Gagneux leitete einen Workshop zum Thema Wachstum und Reinhold Harringer informierte über »Finanz- und Umweltkrise sind ohne Vollgeld-Initiative nicht lösbar«. Ewald Kornmann hielt

den Workshop unter dem Titel »Die Vollgeld-Initiative und die finanziellen Beziehungen zum Ausland« und sprach u.a. von Industriebetrieben, die eigene Banken haben, vom Hochfrequenz-Handel an den Börsen und von der UBS, die bis ins Jahr 2017 der Stadt Zürich keine Steuern abliefern wird. Die Vollgeld-Initiative will mit einer Reform »Krisensicheres Geld im Interesse aller« erreichen, und zudem Geld für den Staat und das Allgemeinwohl. Bisher hat die Schweizerische Nationalbank (SNB) lediglich das Monopol auf die Erzeugung von Papier- und Münzgeldern. Anliegen der Initiative ist es, dass dieses Monopol auch auf »elektronisches Geld« ausgeweitet wird. Elektronisches Geld? Das ist all das Geld, das auf den Konten lagert und von dem niemand weiss, woher genau es kommt. Im Erläuterungstext der Initiative steht: »tatsächlich sind es die Banken, die es herstellen, entweder indem sie einen Kredit vergeben oder Finanzanlagen kaufen«.

Alle Workshops waren gut besucht. Somit war auch das 10. SUFO wieder eine gelungene Veranstaltung!

Monica Gassner



Bitte beachten Sie den Schweizer Heftrücken zur Vollgeld-Initiative!
Auch online unter:
www.vollgeld-initiative.ch/unterschreiben-sie-jetzt

■ **Do.-Mi., 4.-17. September 2014, täglich, 15 Min. vom Bahnhof Rubigen bei Bern**

Energiewende Camp

Dieses Camp gibt die Möglichkeit des Austausches, der Weiterbildung und der aktiven Partizipation. Workshops und vieles mehr.

Auskünfte unter: <http://www.energiewendefestival.ch/>

■ **Fr.-So., 12.-14. September, 15 Min. vom Bahnhof Rubigen bei Bern**

Energiewende Festival

Kulturprogramm mit Bands

Mehr Infos und Programm: <http://www.energiewendefestival.ch/>

■ **Mo.-So., 8.-14. September 2014, täglich, in Luzern**

DANACH-Festival für Zukunftsfragen

Siehe Ankündigung auf dieser Seite!

■ **Mi., 24. September 2014, 18.00 Uhr, fortlaufend, im Kino Odeon in Brugg**

Campus Cinema

Eine bewegende Filmreihe der Fachhochschule Nordwestschweiz für Studierende und Interessierte. Nach Möglichkeit wird ein Gast zum anschliessenden Gespräch eingeladen. Die Gespräche werden von Thomas Gröbly, Dozent für Ethik und Nachhaltigkeit an der FHNW und Buchautor, moderiert.

Infos: <http://www.fhnw.ch/technik/ign/veranstaltungen/campus-cinema>

■ **So., 16. November 2014, 11.00-19.00 Uhr, Gundeldingerfeld hinter dem Bahnhof, Basel**

Besser Leben Festival

Referate, Kreatives und grosser Info-Markt. Engagierte Menschen machen sich untereinander bekannt, lernen sich besser kennen und vernetzen sich – als Basis für ein neues Bewusstsein, in dem es sich »besser leben« lässt, auch

mit weniger Konsum. U.a. mit Vertretern von INWO, TALENT, Décroissance und Vollgeld. Christoph Pfluger, Herausgeber des Zeitpunkt, hält einen Vortrag zum Thema: »Das volle Leben mit Vollgeld«

Im Internet unter: www.integrale-politik.ch/besser-leben-festival

Auskunft: C. Cassini, cecile.cassini@integrale-politik.ch, 061 331 49 54

■ **Sa., 22. November 2014, 09.00-17.00 Uhr, Kantonsschule Schaffhausen**

Boden behalten, Stadt gestalten

Öffentliche Tagung zur städtischen Bodenpolitik. Referate aus Basel, Biel, Zürich und Schaffhausen, Workshops, Podiumsgespräch, kulturelle Einwüfe.

Das Info-Netzwerk Gemeingut Boden ist ein vorläufig loser Zusammenschluss einiger Schweizer Stiftungen, die sich auf unterschiedliche Art mit der Lebensgrundlage Boden auseinandersetzen. Gemeinsames Anliegen ist es, den Boden als Gemeingut zu stärken.

Während Jahrtausenden war Boden im Gemeineigentum oder kehrte in regelmässigen Abständen in Gemeineigentum zurück. Noch heute wahrnehmbare Spuren dieser Bodenordnung sind Allmenden und Alpkorporationen. Gemeineigentum wurde jedoch zunehmend durch Privateigentum abgelöst. Dieses ist für sich betrachtet unproblematisch. Schädlich wird es, wo Boden zur Ware wird und hauptsächlich

der Kapitalanlage dient. Dadurch gerät er in den Sog der Spekulation.

Solange eine grundlegende Änderung des Bodenrechts nicht möglich ist, ist es sinnvoll, dass die öffentliche Hand bzw. gemeinnützige Organisationen über Boden verfügen und diesen zur Nutzung auf Zeit zur Verfügung stellen. Gemeingut Boden hat es sich zur Aufgabe gemacht, auf die Bodenproblematik hinzuweisen und gemeinwohlorientierte Möglichkeiten eines zeitgemässen Umgangs mit Boden aufzuzeigen.

Infos: www.nwo-belcampo.ch oder

www.gemeingutboden.ch

Auskünfte: info@gemeingutboden.ch. **Schriftliche Anmeldungen:** Gemeingut Boden c/o Stiftung-Trigon, Dornachweg 14, 4144 Arlesheim

Fortlaufend:

■ Vollgeld-Initiative

Treffen zur laufenden Volksinitiative:

<http://www.vollgeld-initiative.ch/termine/>

■ Verein MoMo Monetäre Modernisierung

Informationen zum Thema Vollgeldreform/Monetative: www.vollgeld.ch

■ BGE Bedingungsloses Grundeinkommen

Termine & Infos unter:

www.grundeinkommen.ch und

www.bien-ch.ch

Festival für Zukunftsfragen vom 8. bis 14. September in Luzern

Rahmenprogramm/ Vorab-Veranstaltungen

■ **Mo., 8. September 2014, 20.00 Uhr, Industriestrasse 9, Luzern**

Filmvorführung »Zukunft pflanzen – Bio für 9 Milliarden«

■ **Di., 9. September 2014, 18.00 Uhr, Neubad, Bireggstrasse 36, Luzern**

Vortrag Raphael Fellmer (Berlin, D) – Glücklich ohne Geld

■ **Mi., 10. September 2014, 19.30 Uhr, Neugarten, Bireggstrasse 36, Luzern**
Décroissance – ein positiver Ausweg aus der Massenkonsumgesellschaft

■ **Do., 11. September 2014, 20.00 Uhr, Industriestrasse 9, Luzern**

Filmvorführung »Frohes Schaffen – Ein Film zur Senkung der Arbeitsmoral«

Hauptprogramm im Neubad an der Bireggstrasse 36, Luzern

■ **Fr., 12. September 2014, 19.00 Uhr**
Prof. Dr. Niko Paech (Oldenburg, D) – Befreiung vom Überfluss: Wie eine Wirtschaft ohne Wachstumszwang aussehen könnte. Mit einem Grusswort von Stadtrat Adrian Borgula.

■ **Sa.-So., 13.-14. September 2014, 9.00-18.00 Uhr**
Finde Antworten auf drängende Zeitfragen – DANACH stellt Ansätze eines neuen Do It Yourself vor und bringt spannende Projekte und Menschen zusammen.

■ **Sa., 13. September 2014, 19.30 Uhr**

Ein Festivalabend zu »Wie viel braucht es für ein gutes Leben?« mit künstlerischen Interventionen und Beteiligung des Publikums. Wie üblich bei DANACH, kommen dabei auch Themen rund um das Geld- und Bankensystem, z.B. Komplementärwährungen oder Vollgeld, nicht zu kurz.

Das detaillierte Programm ist hier zu finden: www.danach.jetzt





**VOLLGELD
INITIATIVE**

**UNTERSCHREIBEN
SIE JETZT!**

blematik wird durch die zinsfreie Geldschöpfung entschärft.

Die monetär bedingten Wachstumszwänge werden durch eine Vollgeldreform beseitigt oder zumindest vermindert. Die Vollgeld-Initiative ist somit ein dringend nötiger Beitrag zu mehr sozialer, ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit.

Der überparteiliche Verein Monetäre Modernisierung startete im Juni 2014 eine Volksinitiative zum Vollgeld. Bitte unterstützen Sie die Initiative und beachten Sie die Unterschriftenliste auf dem Heftrücken oder online unter: <http://www.vollgeld-initiative.ch/unterschreiben-sie-jetzt>

Die INWO Schweiz unterstützt gezielt diese Volksinitiative mit der Überzeugung, dass dadurch auch weitere Problematiken des heutigen Geldsystems endlich vermehrt öffentlich thematisiert werden und so das Bewusstsein für freiwirtschaftliche Lösungsansätze geweckt wird.

Daniel Meier
Co-Präsident der INWO Schweiz und
Mitglied des Vollgeld-Initiativkomitees

Vollgeld-Initiative: ein Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit

Das heutige Geldsystem entspricht nicht der Absicht des Gesetzgebers. Denn in Art. 99 der Bundesverfassung steht geschrieben: »Das Geld- und Währungswesen ist Sache des Bundes.« Wie kann dieser jedoch die Kontrolle über die Geldmengen ausüben, wenn nur 10% davon von der Nationalbank sind, in Form von Bargeld? 90% sind elektronisches Buchgeld/Giralgeld, welches kein gesetzliches Zahlungsmittel ist, aber dennoch so benutzt wird. Alles Giralgeld auf unseren Konten wird ausschliesslich von privaten, profitorientierten Banken geschaffen! Deshalb muss das Privileg der gesamten Geldherstellung (also nebst dem Bargeld auch die Herstellung von elektronischem Giralgeld) der demokratisch legitimierten Nationalbank übergeben werden.

Verschuldung – von Anfang an ...

Alles heutige Geld entsteht durch Schulden, die verzinst werden müssen: Die Geschäftsbanken verschulden sich bei der Nationalbank, und die Wirtschaft, der Staat sowie Private verschulden sich bei den Geschäftsbanken.

Der zentrale systemische Wachstumstreiber der Wirtschaft liegt in der expansiven Geldmengenausweitung durch die private elektronische Geldherstellung der Banken. Zusätzlich erzwingt die Zinseszins-Problematik ein unaufhörliches Wirtschaftswachstum. Die daraus folgende ökologische und soziale Ausbeutung ist längst unübersehbar geworden und ruft nach einer Geldreform! Dann können auf demokratischem Weg der systemische Zwang Schulden zu machen und der monetäre Wachstumszwang beseitigt werden. Das Ziel einer nachhaltigeren Wirtschaft könnte verwirklicht werden. Die Gesellschaft und die Umwelt würden profitieren.

Die ausufernden Geldmengen müssen unter Kontrolle gebracht werden. Immer noch mehr Regulierung und Bürokratie sind kontraproduktiv und haben sich als nicht zielführend erwiesen. Monetär so weitermachen wie bisher ist inakzeptabel. Was wir jetzt brauchen, ist der Übergang vom heutigen fraktionalen Reservesystem zum Vollgeldsystem. Das Vollgeld – kurz für »vollwertiges gesetzliches Zahlungsmittel« – würde ausschliesslich von der Nationalbank geschaffen. Sie würde neu geschaffenes Geld als Seigniorage (Geldherstellungsgewinn) unverzinslich und unbefristet dem Staatshaushalt zur Erstverwendung überlassen.

Das heisst: Die gesamten Zahlungsmittel (M1) sind in einem Vollgeldsystem im Grundsatz zinsfrei und zusätzliche Gewinnausschüttungen der Nationalbank fliessen dem Staatshaushalt zu. Die Nationalbank wird neues Vollgeld je nach sich real abzeichnendem Wachstum in Umlauf bringen, und nicht nach dem, was sich die Regierung, die Wirtschaft oder die Banken wünschen. Dadurch werden überschüssende Geldmengen verhindert und Finanzblasen und Spekulation erschwert.

Im Vollgeldsystem bleibt die zinsgesteuerte Kreditvergabe weiterhin vollumfänglich bei den Banken.

Kreditrückgang führt heute zum Kollaps

Im heutigen Geldsystem ist Geldmengens stagnation oder gar Schrumpfung systembedingt ein Ding der Unmöglichkeit bzw. führt zwingend zu einem Zusammenbruch der Wirtschaft. Im Vollgeldsystem kann bei (allenfalls gezielt angestrebtem) geringerem Wachstum entsprechend weniger Geld in Umlauf gebracht werden. Die Zinseszins-Pro-



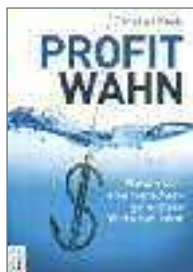
Bestellen Sie weiterführende Literatur aus unserem Shopangebot!

Aktuell



Margrit Kennedy:
Occupy Money – Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind

Die heutige Krise umfasst erstmals in der Geschichte den ganzen Globus. Sie liefert eine Argumentation für eine neue Bewegung, die von unten entsteht und die Druck auf Politik und Wirtschaft ausübt, um endlich auch ein Geldsystem zu schaffen, das den Menschen dient und nicht dem Profit. Margrit Kennedy zeigt Wege, wie das Geld wieder zu einer steuerbaren öffentlichen Dienstleistung zum Wohle der gesamten Gesellschaft werden kann, statt eine Ware zu sein, die zu einem krankhaften Wachstumszwang führt. Unser Geldsystem ist nicht gottgegeben. Wir können es neu gestalten!
112 S., Verlag J. Kamphausen 2011, 9.95 €, Art.Nr. I3



Christian Kreiß:
Profitwahn – Warum sich eine menschengerechte Wirtschaft lohnt

Kreiß tritt an gegen die Diktatur der Finanzmärkte und gegen seine eigene Zunft – die Wirtschaftsexperten. Sie beraten die Regierungen der Welt und beeinflussen, was der Öffentlichkeit als wissenschaftliche Wahrheit verkauft wird. Mit historischen Fakten und aktuellen Zahlen entlarvt Kreiß das zu bitterem Ernst gewordene Monopoly-Spiel der Finanzindustrie. Es ist höchste Zeit für eine Gesellschaftsordnung, die Mensch und Umwelt gerecht wird!
232 S., Tectum Verlag 2013, 17.95 €

Standardliteratur zur Geld- und Bodenreform

Helmut Creutz: Das Geldsydrom 2012, Broschiert, 483 S., Hochschulverlag 2012, 16.80 €, Art.Nr. A3

Klaus Popp: Das Märchen vom guten Zins, Gebundene Ausgabe, 180 S., Signum Verlag 2006, 7.95 €, Art.Nr. A7

Arno Gahrman: Wir arbeiten, und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen, 224 S., Westend Verlag 2013, 17.99 €, Art.Nr. D5

Fritz Schwarz: Das Experiment von Wörgl. Ein Weg aus der Wirtschaftskrise, Broschiert, 89 S., Synergia Verlag 2007, 10.01 €, Art.Nr. K9

Edwin Kreitz: Die Zwickmühle - Warum wir drin sitzen und wie wir wieder rauskommen, 126 S., Mebikus Verlag 2014, 10.00 €, Art.Nr. K11

Gerhard Senft (Hg.): Land und Freiheit. Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne, 198 S., Promedia Verlag und Verein Kritische Geographie 2013, Preis: 15.90 €, Art.Nr. I9

Dirk Löhr: Prinzip Rentenökonomie. Wenn Eigentum zu Diebstahl wird, 198 S., metropolis Verlag 2013, 22.00 €, Art.Nr. I5

Wera Wendnagel: Mama Moneta oder die Frauenfolge, Broschiert, 201 S., Neuauflage INWO 2012, 9.80 €, Art.Nr. C9

Dirk Löhr: Die Plünderung der Erde. Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung. Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomik, Broschiert, 485 S., Verlag für Sozialökonomie 2009, 34.00 €, Art.Nr. E5

Kostenloses INWO-Werbematerial zum Weitergeben oder zum Verteilen, Versandkostenpauschale: 3.50 €

Werner Onken: Geld- und bodenpolitische Grundlagen einer Agrarwende, Broschiert, 125 S., Verlag für Sozialökonomie 2004, 8.00 €, Art.Nr. F1

Im **INWO-Shop auf der Homepage** können Sie weitere Literatur sowie Werbematerial wie Bierdeckel, T-Shirts usw. bestellen.
www.inwo.de/shop

Rechnungsadresse

Versandbedingungen

Die angegebenen Preise sind Bruttopreise und enthalten bereits die Mehrwertsteuer von 7% für Schriften und Bücher bzw. 19% bei allen anderen Artikeln. Für Bestellungen innerhalb Deutschlands, mit einem Bestellwert unter 20 Euro, berechnen wir zusätzlich 3.50 € (inkl. 19% MwSt.) Versandkosten. Ab 20 € Bestellwert liefern wir versandkostenfrei. Innerhalb Deutschlands verschicken wir gegen Rechnung. Sendungen ins Ausland versenden wir nur noch gegen Vorkasse. Bei Versand ins Ausland bitte die Versandgebühren telefonisch erfragen! Tel: +49 06623 919601. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Widerrufsbelehrung finden Sie unter www.inwo.de/shop/allgemeine-geschaeftsbedingungen/

Vorname* Name*

Straße*

PLZ* Stadt* Land*

Telefon Email*

Bemerkung: (Hier können Sie auch eine abweichende Lieferadresse angeben)

Ort, Datum Unterschrift

Hinweis: Felder mit * sind Pflichtfelder. Ihre Daten werden nicht an Dritte weitergegeben!



Eidgenössische Volksinitiative:

FÜR KRISENSICHERES GELD: GELDSCHÖPFUNG ALLEIN DURCH DIE NATIONALBANK! (VOLLGELD-INITIATIVE)

Im Bundesblatt veröffentlicht am 03.06.2014. Die unterzeichnenden stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff. folgendes Begehren.

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 99 Geld- und Finanzmarktordnung

¹ Der Bund gewährleistet die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Finanzdienstleistungen. Er kann dabei vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit abweichen.

² Der Bund allein schafft Münzen, Banknoten und Buchgeld als gesetzliche Zahlungsmittel.

³ Die Schaffung und Verwendung anderer Zahlungsmittel sind zulässig, soweit dies mit dem gesetzlichen Auftrag der Schweizerischen Nationalbank vereinbar ist.

⁴ Das Gesetz ordnet den Finanzmarkt im Gesamtinteresse des Landes. Es regelt insbesondere:

- a. die Treuhandpflichten der Finanzdienstleister;
- b. die Aufsicht über die Geschäftsbedingungen der Finanzdienstleister;
- c. die Bewilligung und die Beaufsichtigung von Finanzprodukten;
- d. die Anforderungen an die Eigenmittel;
- e. die Begrenzung des Eigenhandels.

⁵ Die Finanzdienstleister führen Zahlungsverkehrskonten der Kundinnen und Kunden ausserhalb ihrer Bilanz. Diese Konten fallen nicht in die Konkursmasse.

Art. 99a Schweizerische Nationalbank

¹ Die Schweizerische Nationalbank führt als unabhängige Zentralbank eine Geld- und Währungspolitik, die dem Gesamtinteresse des Landes dient; sie steuert die Geldmenge und gewährleistet das Funktionieren des Zahlungsverkehrs sowie die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten durch die Finanzdienstleister.

² Sie kann Mindesthaltedfristen für Finanzanlagen setzen.

³ Sie bringt im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages neu geschaffenes Geld schuldfrei in Umlauf, und zwar über den Bund oder über die Kantone oder, indem sie es direkt den Bürgerinnen und Bürgern zuteilt. Sie kann den Banken befristete Darlehen gewähren.

⁴ Sie bildet aus ihren Erträgen ausreichende Währungsreserven; ein Teil dieser Reserven wird in Gold gehalten.

⁵ Der Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank geht zu mindestens zwei Dritteln an die Kantone.

⁶ Die Schweizerische Nationalbank ist in der Erfüllung ihrer Aufgaben nur dem Gesetz verpflichtet.

Art. 197 Ziff. 12

12. Übergangsbestimmungen zu den Art. 99 (Geld- und Finanzmarktordnung) und 99a (Schweizerische Nationalbank)

¹ Die Ausführungsbestimmungen sehen vor, dass am Stichtag ihres Inkrafttretens alles Buchgeld auf Zahlungsverkehrskonten zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel wird. Damit werden entsprechende Verbindlichkeiten der Finanzdienstleister gegenüber der Schweizerischen Nationalbank begründet. Diese sorgt dafür, dass die Verbindlichkeiten aus der Buchgeld-Umstellung innerhalb einer zumutbaren Übergangsphase getilgt werden. Bestehende Kreditverträge bleiben unberührt.

² Insbesondere in der Übergangsphase sorgt die Schweizerische Nationalbank dafür, dass weder Geldknappheit noch Geldschwemme entsteht. Während dieser Zeit kann sie den Finanzdienstleistern erleichterten Zugang zu Darlehen gewähren.

³ Tritt die entsprechende Bundesgesetzgebung nicht innerhalb von zwei Jahren nach Annahme der Artikel 99 und 99a in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen innerhalb eines Jahres auf dem Verordnungsweg.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Ablauf der Sammelfrist: 03.12.2015

WICHTIG! Bitte nur Personen aus der gleichen politischen Gemeinde auf dem Sammelbogen eintragen!

Kanton		PLZ			Politische Gemeinde			Kontrolle (leer lassen)
Nr.	Name, Vorname Bitte handschriftlich und in Blockschrift!	Geburtsdatum Tag Monat Jahr	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)		Unterschrift (eigenhändig)	Infos erwünscht		
1.						<input type="checkbox"/>		
2.						<input type="checkbox"/>		
3.						<input type="checkbox"/>		
4.						<input type="checkbox"/>		
5.						<input type="checkbox"/>		
6.						<input type="checkbox"/>		
7.						<input type="checkbox"/>		
8.						<input type="checkbox"/>		
9.						<input type="checkbox"/>		
10.						<input type="checkbox"/>		

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner noch stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen: François de Siebenthal, Chemin des Roches 14, 1010 Lausanne; Thomas Jenni, Charmilles 14, 1400 Yverdon; Pierre Dimitri Mottier, Av. du Petit Chasseur 40, 1950 Sion; Ewald Kornmann, Frank-Buchser-Strasse 8, 4532 Feldbrunnen; Hansruedi Weber, Weinbergweg 7, 5408 Ennetbaden; Thomas Brändle, Höfnerstrasse 54, 6314 Unterägeri; Konstantin Demeter, Campagna 103, 6523 Preonzo; Enrico Geiler, Ai Casgnò 3, 6528 Camorino; Werner Kallenberger, Waserstrasse 83, 8053 Zürich; Mark Joób, Bergstrasse 5, 8103 Unterengstringen; Hans-Rudolf Scheller, Haldenstrasse 8, 8427 Rorbas; Daniel Meier, Austrasse 25, 8483 Kollbrunn; Reinhold Harringer, Bachweidstrasse 25, 9011 St. Gallen

Die untenstehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt. Bitte leer lassen.

Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)

Amtsstempel:

Ort:

Datum:

Amtliche Eigenschaft:

Eigenhändige Unterschrift:



VOLLGELD INITIATIVE

UNTERSCHREIBEN SIE JETZT!

DIE SCHWEIZ VOR ZUKÜNFTIGEN FINANZKRISEN SCHÜTZEN!

Können wir das? Ja, wir können!

Indem wir die wesentliche Ursache der Finanzkrisen beseitigen:

90 Prozent unseres Geldes erzeugen heute die Banken

nämlich sämtliches elektronisches Geld auf unseren Konten. Dieses ist jedoch kein gesetzliches Zahlungsmittel. Deshalb können die Banken es im Übermass herstellen und blähen so Finanzblasen auf.

Lasst uns diese Gefahr eindämmen! Die Gelderzeugung muss der Realwirtschaft und der Gesellschaft dienen. Und die Gewinne aus der Geldherstellung stehen dem Bund, den Kantonen und uns Bürgerinnen und Bürgern zu. Führen wir ein, wovon viele annehmen, dass es schon jetzt so sei:

Allein die Nationalbank soll künftig elektronisches Geld erzeugen (Buchgeld). Die Banken können dann kein eigenes Geld mehr schaffen, sondern nur noch verleihen, was sie von Sparern, Investoren und der Nationalbank zur Verfügung gestellt bekommen haben. Finanzblasen oder Geldknappheit werden so verhindert.

Unterstützen Sie jetzt die Vollgeld-Initiative! Wir Schweizer haben 1891 das Drucken von Banknoten zum alleinigen Recht der Nationalbank erklärt. Jetzt müssen wir der Nationalbank auch das Erzeugen unseres elektronischen Geldes übertragen.

JA zu einem fairen und sicheren Geld- und Bankensystem!

Unterschriftenliste in der Mitte falzen (nicht trennen!) und in den Briefkasten werfen! Mehrere Listen können auch in einem Briefumschlag verschickt werden.



Vollgeld bringt sichere Bankkonten, in die wir vertrauen können!
Reinhold Harringer,
Dr. oec., ehem. Leiter
Finanzamt der Stadt
St. Gallen



Jetzt ist es an der Zeit, ein besseres, stabiles Geldsystem einzuführen!
Dr. Emma Dawnay,
Naturwissenschaftlerin
und Mutter, Zürich



Die Finanzbranche dient mit Vollgeld der Realwirtschaft und der Gesellschaft.
Philippe Mastronardi,
em. Prof. für öffentliches
Recht, Universität St. Gallen



Bitte auch unvollständige Liste sofort einschicken und neue Listen bestellen!

Vollgeld-Initiative
Postfach 1017
3000 Bern 23

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Weitere Informationen:
www.vollgeld-initiative.ch
info@vollgeld-initiative.ch
Tel. 044 586 69 94

Bitte senden Sie _____ Stück dieser Karten an:

Vorname, Name

Strasse

PLZ, Ort

E-Mail (für Newsletter)